

demokratie



Magazin für Beteiligung und direkte Demokratie | Ausgabe 02.2023

35 JAHRE MEHR DEMOKRATIE

Ein Blick zurück nach vorn



**GES
TERN**

MORGEN

Chronik

Themen

Zukunftsvisionen

Kooperationen

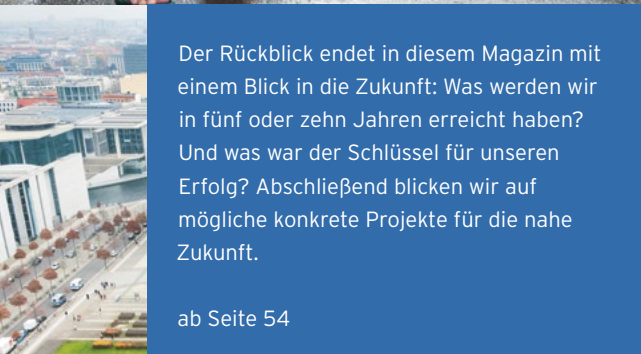
In unserer Chronik schauen wir auf die verschiedenen Etappen unserer Entwicklung von den Anfängen bis heute. Immer auch mit den Fragen: In welcher Zeit haben wir auf welche Herausforderungen welche Antworten gefunden? Unsere Geschichte als Lernerfahrung.

ab Seite 6



Ein Überblick über die inhaltliche Komplexität von Mehr Demokratie. Mittlerweile gibt es zehn Themenbereiche mit eigenen Verantwortlichen und dazu noch weitere Kooperationen mit Partnerorganisationen.

ab Seite 44



Der Rückblick endet in diesem Magazin mit einem Blick in die Zukunft: Was werden wir in fünf oder zehn Jahren erreicht haben? Und was war der Schlüssel für unseren Erfolg? Abschließend blicken wir auf mögliche konkrete Projekte für die nahe Zukunft.

ab Seite 54



Inhalt

Einleitung

- 4 Die großen Entwicklungslinien der Demokratie

Die Chronik

- 6 1950er-1988: Die Wurzeln und das Umfeld
- 8 12. Juli 1988: Gründung von Mehr Demokratie - Bewegungen in Ost- und Westdeutschland
- 10 Die frühen 1990er: Von Osten nach Bayern - das erste erfolgreiche Volksbegehren
- 12 Ab 1995: Volksbegehren in ganz Deutschland und juristische Rückschläge
- 14 Bisherige Höhepunkte für die direkte Demokratie
- 16 Mehr Demokratie wird zum Fachverband
- 18 Ab 2000: Europa kommt dazu
- 20 Ab 2012 Neuland: Verfassungsbeschwerden und Verträge auf EU-Ebene
- 22 Ab 2019: Bürgerrats-Boom und Themenerweiterung
- 24 Rede von Dr. Wolfgang Schäuble zum Bürgerrat Demokratie

Die Themenbereiche und unsere Partnerorganisationen

- 26 Direkte Demokratie und Wahlrecht
- 28 Europa
- 30 Transparenz
- 32 Handelsabkommen
- 33 Gesetzgebungsreform
- 34 Klima und Demokratie
- 36 Bürgerräte
- 38 Digitale Demokratie
- 40 Demokratische Kultur
- 42 Aus der Arbeit des Kuratoriums
- 44 Geschichte des Global Forum
- 46 Democracy International

Mitglieder im Gespräch

- 48 Gespräch alt und jung
- 53 Dr. Herrmann Heußner/Lukas Kiepe

Die Zukunftsperspektive

- 54 Einleitung: Der Blick aus der Zukunft
- 55 Die Zukunft von bundesweiten Volksentscheiden
- 56 Vision für eine internationale demokratische Ordnung
- 58 Für eine Demokratie der Zuneigung
- 60 Ausblick: Die Zukunft von Mehr Demokratie

Auf einen Blick

- 62 Mehr Demokratie in Zahlen

Liebe Leserinnen und Leser,

zum 35. Geburtstag von Mehr Demokratie machen wir Ihnen und uns ein besonderes Geschenk: In der Sonderausgabe des demokratie!-Magazins treffen sich Geschichte, Gegenwart und Zukunftsperspektiven von Mehr Demokratie. „Ein Blick zurück nach vorn“ - das ist der Titel und Anspruch dieses Hefts.

Wer dieses Magazin liest, wird danach ein Bild von den Anfängen haben: Entstanden durch den Gründungsimpuls einer Handvoll Menschen in einem Bonner Keller. Beflügelt von der Bürgerrechts-Bewegung im Osten Deutschlands. Beseelt von dem Gedanken, dass wir alle die Demokratie gestalten können und müssen. Bis hin zur aktuellen Situation, wo die direkte Demokratie weiter gestärkt, aber auch verteidigt werden muss, während sich mit gelosten Bürgerräten ein neues Beteiligungsinstrument auf Bundesebene etabliert.

Wer dieses Magazin liest, bekommt ein Bild von dem weiten Feld, das Mehr Demokratie mittlerweile beackert: Jedes der aktuell zehn Arbeitsfelder wird in einem eigenen Beitrag vorgestellt. Zudem entsteht ein Eindruck davon, wo es hingehen kann mit Mehr Demokratie und was die nächsten Schritte sein können.

Die alles verbindende Klammer ist dabei die Weiterentwicklung der Demokratie, durch die und mit den Menschen im Land. Mit Mehr Demokratie verbinden sich ganz verschiedene Menschen. Einige davon kommen im Heft zu Wort. Da gibt es das Gespräch eines langjährigen Mitglieds mit einem ganz neu hinzugekommenen. Und Beiträge unserer internationalen Partnerorganisationen *Democracy International* und dem *Global Forum on Modern Direct Democracy*, sowie aus unserem breit aufgestellten beratenden Kuratorium.

Unser Team hat - damit Sie auch etwas zu sehen bekommen - die Archive durchforstet und lädt Sie mit Bildern ein zu der Reise von 1988 bis in die Gegenwart.

Keine Frage - ohne Mehr Demokratie wäre dieses Land ein anderes. Es gibt wahrscheinlich nicht viele Nichtregierungsorganisationen, die so viele Gesetze und Verfahren angestoßen, beeinflusst und gestaltet haben wie Mehr Demokratie. Ermöglicht haben das Mitglieder und Förderinnen und Förderer. Dafür vielen Dank!

Viel Freude beim Lesen, Schauen und Mit-Feiern!

Herzlich grüßen



Claudine Nierth,
Vorstandssprecherin

Ralf-Uwe Beck,
Vorstandssprecher



Claudine Nierth,
Bundesvorstandssprecherin
von Mehr Demokratie



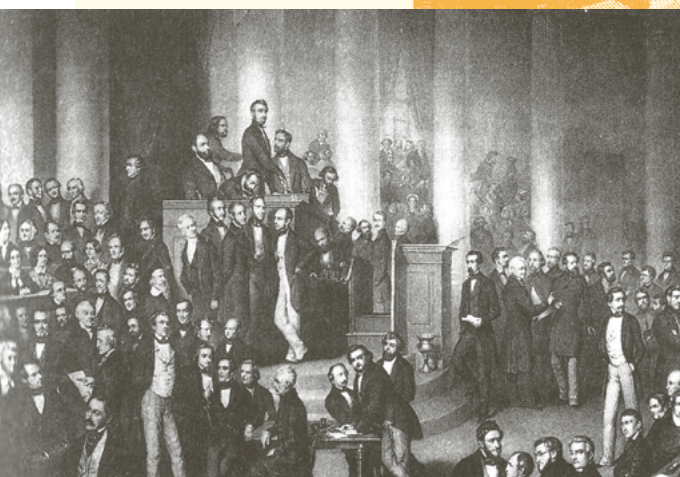
Ralf-Uwe Beck,
Bundesvorstandssprecher
von Mehr Demokratie

Über die großen Linien der Demokratie - und die Bedeutung von Stromschnellen

1848 trat in der Frankfurter Paulskirche das erste deutsche Parlament zusammen und versuchte, Deutschland im Namen der Demokratie zu einen. Die Revolution wurde niedergeschlagen. War es also eine Geschichte des Scheiterns? Aus heutiger Sicht sicherlich nicht. Die dort erarbeitete Reichsverfassung gilt heute als Wiege der deutschen Demokratie.

1988 wurde Mehr Demokratie, damals noch unter dem Namen IDEE (Initiative Demokratie Entwickeln) gegründet. Ziel war die Weiterentwicklung der Demokratie mit der Idee bundesweiter Volksabstimmungen im Zentrum. Bei allen Erfolgen von Mehr Demokratie ist diese Idee bisher nicht verwirklicht.

2023 möchten wir, nach 35 Jahren, auf die Entwicklung des Vereins schauen. Wir verstehen Geschichte auch als einen Lernprozess. Ein Prozess, in dem Scheitern und Erfolg eng verbunden sind. Wenn wir aus den eigenen Erfahrungen lernen können, wird die Geschichte zur Erfolgsgeschichte. Diesen Versuch möchten wir mit diesem Magazin unternehmen.



Vom Untertan zum Bürger

Vor 175 Jahren, am 18. Mai 1848, trat in der Frankfurter Paulskirche das erste deutsche Parlament zusammen. „Es war der Moment, als Untertanen zu Bürgern wurden“ - so würdigte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Deutsche Nationalversammlung.

Am Ende stand damals jedoch nicht der geeinte Nationalstaat, sondern die niedergeschlagene Revolution. „Im erinnerungspolitischen Wettstreit zwischen Diktatur- und Demokratiegeschichte behielt die dunkle Erinnerung gegenüber der hellen Erinnerung recht“, so beschreibt Peter Neumann den Blick auf unsere Demokratiegeschichte.

Doch dann schreibt er weiter: „Das hat sich nun geändert ... In einer Zeit, in der die liberalen Demokratien des Westens immer fragiler und angreifbarer erscheinen und autoritäre Regime weltweit das ideologische Kräftemessen eröffnet haben, kündigt sich eine erinnerungspolitische Wende an, die all die hellen Kräfte ins Bewusstsein ruft, anstatt nur weiter ins Dunkel zu starren.“

Erst jetzt, 175 Jahre später, werden also die hellen Kräfte von 1848 erkennbar. Und diese Rückbesinnung hat eine Bedeutung, auch für die Zukunft.

„Wenn Demokratie bedeutet, eine Wahl zu haben, dann heißt an ihre unerledigten Anfänge zu erinnern, sich vor allem darauf zu besinnen, dass die Geschichte auch in eine andere Richtung hätte führen können - und insbesondere heute anders verlaufen kann ... Bestand das Diktaturgedächtnis über viele Jahrzehnte darin, sich in möglichst sichere Entfernung zum jähren Abgrund zu bringen, um die deutschen Verbrechen des 20. Jahrhunderts lückenlos aufzuarbeiten, geht das neue Demokratiedächtnis in die Offensive und sucht gezielt nach den geschichtlichen Stromschnellen, die den langen Atem des liberalen Geistes bezeugen können.“ (ZEIT 21/2023)

Mehr Demokratie - Eine Stromschnelle im trägen Fluss

1988 Vielleicht werden irgendwann einmal auch die hellen Kräfte von 1988 gefeiert, dem Gründungsjahr von Mehr Demokratie. Wir möchten es jedenfalls mit dieser Ausgabe tun.

Denn welche Kräfte sich historisch durchsetzen werden, ist nicht immer gleich erkennbar und auch nicht vorhersehbar.

Hans-Urs Wili, der ehemalige Leiter der Abteilung Volksrechte in der Schweizer Bundeskanzlei, gab uns mit schweizerischer Gelassenheit diesen historischen Horizont auf der Jahrestagung von Mehr Demokratie 2006: Demokratieentwicklung verlaufe evolutionär und manchmal auch in Sackgassen. Auch dafür gebe es, bei aller Qualität, in der Schweizer Verfassungsgeschichte zahlreiche Beispiele. Insgesamt habe die Entwicklung der direkten Demokratie bei den Eidgenossen fast 100 Jahre in Anspruch genommen.

Ganz sicher also wird unser Verein im „Museum der Demokratie“ seinen historischen Stellenwert bekommen. Natürlich werden wir darauf nicht warten, sondern den Historikerinnen und Historikern weiter Material liefern. Mehr Demokratie wirkt schon jetzt wie eine geschichtliche Stromschnelle, die die demokratische Entwicklung mit ihren Impulsen beschleunigt.

2023 Wir nennen diese Ausgabe „Blick zurück nach vorn“. Unsere Rückschau will nicht nur Ereignisse auflisten, sondern auch inspirieren und Entwicklungslinien erkennbar machen. Es macht uns aus, dass wir eine lernende Organisation sind, die schon verschiedene Transformationen durchgemacht hat, ohne das Ziel aus den Augen zu verlieren. Der Ursprungsimpuls ist die direkte Demokratie, die die Menschen vom Zuschauen zum Mitmachen und Mitentscheiden einlädt. Ein Transformationsschritt bestand darin, die Entscheidungsmacht von Volksentscheiden durch Techniken einer gemeinsamen Lösungsfindung mit möglichst unterschiedlichen Menschen zu ergänzen. Das findet beispielsweise in losbasierten Bürgerräten statt. Insgesamt entwickelte sich Mehr Demokratie vor dem Hintergrund der zunehmenden Komplexität der Gesellschaft hin zu einer größeren Themenvielfalt, die auch innerhalb der Organisation Widersprüche aushalten und austragen kann.

Wir praktizieren also selbst, was wir einfordern: Demokratie als niemals endendes Gespräch. Möge jeder in der Fülle der chronologischen Ereignisse die eigene Erkenntnisperspektive finden. Am Ende entsteht dann aus verschiedenen Perspektiven der „Blick aus der Zukunft“ auf unsere nächsten Schritte. /



***35 JAHRE
MEHR DEMOKRATIE –
DIE CHRONIK***



Die Wurzeln und das Umfeld

„Die Zukunft, die wir wollen, muss erfunden werden. Sonst bekommen wir eine, die wir nicht wollen.“

Joseph Beuys

Mehr Demokratie ist in einem gesellschaftlichen Umfeld entstanden und steht noch immer in größeren Zusammenhängen. Impulse, Kooperationen und Rahmenbedingungen haben sich im Laufe der Zeit entwickelt und verändert, wie sich an dieser Chronik ablesen lässt. Für die IDEE (Initiative Demokratie Entwickeln) jedenfalls, wie der Verein bei der Gründung noch hieß, haben verschiedene Organisationen und Ansätze den Boden bereitet:

1951 gründet Peter Schilinski mit dem Bund für Volksabstimmung über die Wiederbewaffnung eine der frühesten Bürgerinitiativen, die sich für die direkte Demokratie einsetzte.

1971 ruft Joseph Beuys die Organisation für Direkte Demokratie durch Volksabstimmung ins Leben. Das Büro der Organisation verlegt er ein Jahr später auf die documenta 5 in Kassel. Dahinter steht die Idee der „Sozialen Plastik“, nach der jeder Mensch, seinen Fähigkeiten entsprechend, die Gesellschaft mitgestaltet.

1982 gründet sich in Achberg die „Aktion Volksentscheid“ vor dem Hintergrund der Friedensbewegung. In ganz Deutschland entstehen daraufhin erste Bürgerinitiativen, die sich für direkte Demokratie einsetzen.

1986 wird die Aktion „Volksentscheid gegen Atomanlagen“ von rund 580.000 Menschen unterstützt.

1987 nimmt nach einer Idee von Brigitte Krenkers der erste „OMNIBUS für Direkte Demokratie in Deutschland“ seine Fahrt auf. Der OMNIBUS soll die Arbeit von Joseph Beuys fortsetzen und dazu beitragen, dass Menschen überall auf den Marktplätzen als freie und gleichberechtigte Mitgestalterinnen und Mitgestalter der Gesellschaft angesprochen werden.

All diesen Ansätzen ist die tiefe Überzeugung gemein, die Mehr Demokratie bis heute begleitet: Menschen können und sollten die gesellschaftlichen Bedingungen selbst verändern und Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen.



12.7.



Gründung von Mehr Demokratie – Bewegungen in Ost- und Westdeutschland

Während in Westdeutschland die Vorläuferorganisation *IDEE* (Initiative Demokratie Entwickeln) gegründet wird, entwickelt auch die Bürgerrechts- und Widerstandsbewegung in Ostdeutschland kraft- und hoffnungsvolle Ansätze für eine demokratische Zukunft. Die direkte Demokratie spielt dabei eine zentrale Rolle.

Die ersten Kampagnen sind zwar noch thematisch ausgerichtet, schnell wird aber klar: Die Idee der direkten Demokratie muss nicht nur punktuell, sondern dauerhaft und systemisch in den Blick der Öffentlichkeit rücken. Sie soll zusätzlich zu den Wahlen, die im Grundgesetz (Art. 20,2) versprochen sind, eingefordert und gelebt werden. Da sich die gerade entstehende Demokratie-Bewegung nicht um alle wichtigen Themen gleichzeitig kümmern kann, konzentriert sie sich zunächst auf die direktdemokratischen Instrumente.

Die Friedliche Revolution und Wiedervereinigung öffnen ein riesiges Möglichkeits-Fenster. Die Hoffnung auf bundesweite Volksabstimmungen wird zwar enttäuscht, doch durch die Bundesländer rollt seit den Neunzigerjahren eine in Schleswig-Holstein beginnende und im Osten aufgegriffene Demokratiewelle.

1988 bilden *Angela von Bandemer, Lukas Beckmann, Gerald Häfner, Andreas Möbius und Daniel Schily* den ersten Vorstand der *IDEE*.

1990 führt die Regierung Schleswig-Holsteins nach intensiven Gesprächen mit *IDEE* die direkte Demokratie auf Landes- und Gemeindeebene ein.

1990 wird die erste Kampagne „Volksentscheid FCKW-Stopp“ von prominenten Menschen wie *Herbert Grönemeyer, Stefan Krawczyk und Udo Jürgens* unterstützt.


1991 fordert die Anzeigen-Kampagne „Du sollst nicht lügen“ in zehn großen Tageszeitungen Volksentscheide und Neuwahlen. Es geht darum, dass die *CDU*-Regierung mit Steuererhöhungen ihr Wahlversprechen gebrochen hat. Das Finanzgericht Bonn versucht in Prozessen bis 2005 erfolglos, der Initiative die Gemeinnützigkeit zu entziehen.

1991 fordert das Kuratorium für einen demokratisch verfassten Bund deutscher Länder als *gesamtdeutsche Bürgerinitiative* eine neue Verfassung. Sie soll durch ein Referendum angenommen werden und Volksabstimmungen enthalten.

1992 überreicht die „Aktion Volksabstimmung“ 1,3 Millionen Unterschriften an die Gemeinsame Verfassungskommission. *CDU* und *FDP* verhindern die Zweidrittelmehrheit. Weder gibt es eine Volksabstimmung über das neue Grundgesetz, noch werden Volksabstimmungen ins Grundgesetz aufgenommen.

„1988 haben wir angefangen, eine Handvoll Leute. Tief unten im Keller, in Bonn, der damaligen Hauptstadt. Wir hatten damals kaum Geld und so gut wie keine Mitglieder. Aber wir hatten eine Idee: Wir wollten die Republik verändern.“

Gerald Häfner, Mitbegründer von Mehr Demokratie



**Befreit den
mündigen Bürger**

Volksbes

ehr L

Baye

Die frühen 1990er: Von Osten nach Bayern – das erste erfolgreiche Volksbegehren

Bis 1990 gibt es Bürgerbegehren nur in Baden-Württemberg, Volksbegehren nur in sieben Bundesländern – die Regelungen sind überwiegend so schlecht, dass Bürgerinnen und Bürger die direkte Demokratie noch kaum nutzen.

Die direkte Demokratie wird jedoch in allen Landes- und Kommunalverfassungen der neuen Bundesländer verankert. Es kommt zu einer demokratischen Kettenreaktion in ganz Deutschland: Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Berlin nehmen Volksbegehren auf, die anderen westdeutschen Länder verbessern die Volksgesetzgebung nach und nach.

1992 startet IDEE die *Volksbegehren zur Einführung von Bürgerbegehren und zur Verbesserung von Volksbegehren in Bayern. Das Kampagnenbüro wird von Bonn nach München verlegt.*

1995 kommen innerhalb der *zweiwöchigen Sammelfrist 1,2 Millionen Unterschriften zusammen. Im Volksentscheid sagen fast 60 Prozent „Ja“ zu direkter Demokratie auf Gemeindeebene in Bayern. Die politische Niederlage der CSU lässt auch außerhalb von Bayern aufhorchen.*

Die bundesweite Initiative benennt sich nach dem Trägerverein des Volksbegehrens *Mehr Demokratie in Bayern* in *Mehr Demokratie* um.

„Es ging im Herbst '89 um das tägliche Brot der Demokratie, um freie und geheime Wahlen, aber auch um die direkte Demokratie. [...] Die direkte Demokratie in ganz Deutschland ist nach der Wiedervereinigung aufgeblüht. Sie ist eine 89er Herbstzeitlose.“

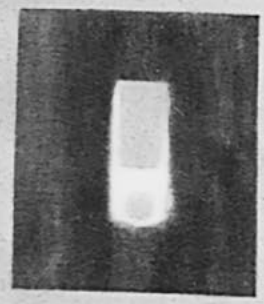
Ralf-Uwe Beck, Vorstandssprecher von Mehr Demokratie und Landesvorstand Thüringen





Volksbegehren

für Bürgerentscheide in Gemeinden und Kreisen



Die Eintragungsstellen in Fürth:

Ab 1995: Volksbegehren in ganz Deutschland und juristische Rückschläge

Es entstehen Büros, Mitarbeitende werden eingestellt. Zug um Zug werden Landesgruppen und Landesverbände aufgebaut.

1998 wird die Einführung von *Bürgerbegehren in Hamburgs Bezirken durch einen Volksentscheid als weiterer Paukenschlag in ganz Deutschland wahrgenommen.*

1997–2000 werden *Volksbegehren in Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Bremen und Nordrhein-Westfalen durch Landesregierungen beziehungsweise Verfassungsgerichte teilweise gestoppt. Trotzdem gelangen in Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Baden-Württemberg Reformen der direkten Demokratie.*

2000 sorgt das *Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringen“ für einen weiteren Paukenschlag in den Ländern.*

Es zeigt sich ein Muster: Mehr Demokratie startet Kampagnen, oft mit großem Zuspruch aus der Bevölkerung. Einige Landesregierungen versuchen daraufhin, den zunehmenden Einfluss der Bürgerinnen und Bürger zu blockieren. Schließlich werden doch in vielen Ländern Reformen erzielt – auch dank der Beharrlichkeit von Mehr Demokratie.

Mehr Demokratie macht sich daran, die Regelungen in den Bundesländern zu verbessern. Der bundesweite Volksentscheid wird vor allem von der CDU immer wieder blockiert.

„Bürgerbegehren und Bürgerentscheid haben dazu beigetragen, die Bürgergesellschaft zu stärken, eine neue politische Kultur in den Gemeinden aufzubauen und zahlreiche Chancen auch für die Politiker und Mandatsträger zu eröffnen. Das befürchtete Chaos ist nicht eingetreten.“

Günther Beckstein, 1993 bis 2007 bayerischer Staatsminister des Innern und von 2007 bis 2008 bayerischer Ministerpräsident

Unterschriften bei der Abgabe des Volksbegehrens in Thüringen am 15. Dezember 2000.



GRUND
GESETZ

faire Volks-
entscheide

Mehr Demokratie

Bisherige Höhepunkte für die direkte Demokratie

1998 nimmt die Koalition aus SPD und Bündnis90/Die Grünen als erste Regierung die Einführung bundesweiter Volksabstimmungen in den Koalitionsvertrag mit auf.

2000 geht der zweite OMNIBUS für direkte Demokratie an den Start.

2001–2003 läuft die Kampagne „Menschen für die Volksabstimmung“, für die Tausende von Bürgerinnen und Bürgern Gesicht zeigen.

2002 erhält ein Gesetzentwurf zur Einführung von bundesweiten Volksabstimmungen unter der SPD und Bündnis90/Die Grünen geführten Regierung eine Mehrheit im Bundestag, jedoch nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit.

Seit 2004 startet Mehr Demokratie auch Volksbegehren für ein bürgernäheres Wahlrecht in Hamburg, Bremen, NRW und Berlin.

2005 führt Berlin Bürgerbegehren auf Bezirksebene ein. Alle Bundesländer haben nun die direkte Demokratie auf Gemeindeebene!

2007 finden in Hamburg zwei Volksbegehren statt, zur Senkung der Abstimmungshürden und für verbindlichere Volksentscheide.

2008/09 ist das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“ erfolgreich.

seit 2009 erleichtern diverse Bundesländer Volksbegehren und Bürgerbegehren.

2009 findet im Rahmen der Kampagne „Volksentscheid ins Grundgesetz“ zum 60. Geburtstag des Grundgesetzes eine symbolische Volksabstimmung in der 22.000-Seelen-Gemeinde Vaterstetten statt.

2011 startet Mehr Demokratie mit einem Bündnis das Volksbegehren Mehr Demokratie in Schleswig-Holstein zur Änderung der Gemeindeordnung zur Erleichterung von Bürgerentscheiden. Die Initiative wird in weiten Teilen 2013 vom Landtag übernommen und beschlossen.

„Schon allein die Möglichkeit oder die Notwendigkeit, bestimmte besonders wichtige Fragen dem Volk zur Entscheidung vorzulegen, wird dann auch das Verhalten der gewählten Repräsentanten verändern.“

Gertrude Lübke-Wolff,
ehemalige Bundesverfassungsrichterin

2011 startet Schleswig-Holstein per Volksbegehren die Bundesratsinitiative „Für Volksentscheide ins Grundgesetz“, die von der Landesregierung übernommen wurde und bis heute beim Bundesrat liegt.

2016 wird in Thüringen das erste Gesetz in Deutschland eigens zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden verabschiedet. Der Freistaat rückt damit unter den Bundesländern vom Schlusslicht an die Spitze vor.

„Die parlamentarische Demokratie hat sich im Kern bewährt. Aber eine Ergänzung durch plebiszitäre Elemente halte ich für sinnvoll, vor allem bei Änderungen des Grundgesetzes.“

Andreas Voßkuhle, ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts



Mehr Demokratie wird zum Fachverband

Während die direkte Demokratie auf Landes- und kommunaler Ebene in ganz Deutschland eingeführt wird, muss sich Mehr Demokratie auch finanziell und organisatorisch auf stabilere Beine stellen. Der Verein beginnt, ein Netzwerk von Unterstützerinnen und Unterstützern aufzubauen und kümmert sich systematisch um das Einwerben von Spenden. Die Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge und Spenden garantiert bis heute die politische Unabhängigkeit von Mehr Demokratie. Bis das Mitgliedsziel von 10.000 erreicht wird, vergehen allerdings noch einige Jahre.

Der Verein bleibt nicht bei Kampagnen stehen, sondern entwickelt ein Unterstützungs- und Beratungsnetzwerk für direkte Demokratie.

Mehr Demokratie erarbeitet Berichte, Gesetzentwürfe, Stellungnahmen und schreibt regelmäßig für Fachpublikationen.

Eine vereinseigene „Zeitschrift für Direkte Demokratie“ (ZfDD) wird ausgebaut und regelmäßig verbreitet. Heute hat sie sich als „demokratie!-Magazin“ von einer Vereinszeitschrift zu einer journalistisch ausgerichteten Demokratie-Zeitschrift gewandelt.

Mehr Demokratie beginnt, professioneller zu arbeiten, wird im Internet aktiv und baut eine Datenbank für Bürgerbegehren mit auf.

1996/97 geht die erste Webseite online.

1997 wird ein Kuratorium mit *Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft und Politik einberufen. 2023 gehörten diesem Kuratorium rund 70 Persönlichkeiten an, die durch ihr Wirken und Forschen mit dem Verein verbunden sind, ihn beraten und in der Öffentlichkeit mit vertreten.*

Seit 1997 wird die Datenbank zu Bürgerbegehren gepflegt, gemeinsam mit der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie der Philipps-Universität Marburg und mit dem Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung der Bergischen Universität Wuppertal.

Seit **2000** werden regelmäßig *Volksbegehrens-Berichte* herausgegeben.

Seit **2003** erscheint das *Direkte Demokratie-Ranking*.

2004 gründet sich *Abgeordnetenwatch aus dem Kreis von Mehr Demokratie heraus und ermöglicht Demokratie-Check-Aktionen zu den Landtagswahlen.*

Seit **2007** werden regelmäßig *Bürgerbegehrensberichte* veröffentlicht.

2010 gibt der Verein ein *Wahlrechts-Ranking* heraus.

Seit **2017** erscheint ein *Transparenz-Ranking*.

Es werden mehr Mitarbeitende eingestellt (bis 2010 um die 30 Personen), ein Trainee-Programm wird ins Leben gerufen, die Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen den Büros wird enger. Das Fundraising wird ausgebaut: Die Mitgliedszahl wächst von rund 3.000 im Jahr 2000 auf rund 6.000 im Jahr 2010 und 10.000 im Jahr 2020.

Seit Mitte der 2000er Jahre wird die Öffentlichkeitsarbeit intensiver gestaltet, mit dem Ausbau der Webseite, professionellerer Pressearbeit, einer eigenen Online-Redaktion und Social-Media-Kanälen.



www.mehr-demokratie.de/ueber-uns/organisation/kuratorium

www.mehr-demokratie.de/mehr-wissen/buergerbegehren-in-den-kommunen/buergerbegehrensbericht



www.mehr-demokratie.de/volksentscheidsranking

www.mehr-demokratie.de/themen/volksbegehren-in-den-laendern/volksbegehrensbericht-2021



20

OKRATIE

Ohne Demokratie
stirbt Europa

Mehr Demokratie



Ab den 2000er Jahren: Europa kommt dazu

00er

Es wird klar, dass viele Demokratie-Themen auf EU-Ebene entschieden werden und für die Weiterentwicklung der Demokratie der Blick auch über Deutschland hinaus gerichtet werden muss. Mehr Demokratie sucht sich internationale Partner. Ein großer Erfolg ist die Einführung der Europäischen Bürgerinitiative - des ersten und bisher einzigen Mitbestimmungsinstruments auf EU-Ebene. Eine Vision und konkrete Vorschläge für ein bürgernäheres Europa entstehen.

Um **2000** herum entsteht das Bündnis „Democracy International“, aus dem später ein eigener Verein hervorgeht.

2003 wird die Europäische Bürgerinitiative in die EU-Verfassung mit aufgenommen.

2003 startet die Demokratie-Tour durch europäische Länder für einen Volksentscheid über die EU-Verfassung.

2004 findet eine symbolische Abstimmung über die EU-Verfassung in Strempt statt.

2009 erscheint das Buch „Europa nicht ohne uns“.

2009 beginnt die Tour mit dem OMNIBUS durch Südost-Europa „Demokratie in Bewegung - Democracy in motion“ (8.500 Kilometer, 12 Länder, ein Ziel); es geht um eine gemeinsame Vision Europas und einer selbstbestimmten Gesellschaft.

„Denn wir alle zusammen sind der höchste Souverän Europas. Nicht die Nationen und Nationalregierungen, nicht die EU-Organen, sondern wir ‚einfachen‘ Menschen. Wir, die [Bürgerinnen und] Bürger und Bewohnerinnen [und Bewohner] Europas, sollten gemeinsam planen, organisieren und abstimmen können, wie unser Kontinent der Zukunft aussieht.“

Ute Scheub, Journalistin und Autorin des von Mehr Demokratie herausgegebenen Buches „Europa - Die unvollendete Demokratie“



**KEINE
SONDER-
KLAGERECHTE
FÜR KONZERNE!**
SELBSTORGANISIERTE
EUROPÄISCHE
BÜRGERINITIATIVE
STOP
TTIP!

**KEINE
SONDER-
KLAGERECHTE
FÜR KONZERNE!**
SELBSTORGANISIERTE
EUROPÄISCHE
BÜRGERINITIATIVE
STOP
TTIP!



**STOP
TTIP!**
SELBSTORGANISIERTE
EUROPÄISCHE
BÜRGERINITIATIVE

**STOP
TTIP!**
SELBSTORGANISIERTE
EUROPÄISCHE
BÜRGERINITIATIVE

**STOP
TTIP!**
SELBSTORGANISIERTE
EUROPÄISCHE
BÜRGERINITIATIVE

ab 20

Ab 2012: Neuland – Verfassungsbeschwerden und Verträge auf EU-Ebene

Mit Verfassungsbeschwerden in Karlsruhe betritt Mehr Demokratie Neuland. Stellvertretend für Zehntausende von Bürgerinnen und Bürgern machen die Beschwerdeführenden vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ihre Rechte geltend. Mehr Demokratie arbeitet dafür mit anderen Organisationen wie *Campact* und *Foodwatch* zusammen und sucht sich hochkarätige Prozessbevollmächtigte. Vertreterinnen und Vertreter von Mehr Demokratie sprechen vor dem höchsten deutschen Gericht und verleihen der Bürgerbewegung auch dadurch Würde.

2012 erzielt die Verfassungsbeschwerde „Mehr Demokratie beim Wählen“ ein Bundesverfassungsgerichtsurteil: Das von FDP und CDU durchgedrückte Wahlrecht verstößt gegen das Grundgesetz.

2012 startet die Kampagne „Europa braucht Mehr Demokratie“: Mit rund 37.000 Unterstützenden wird die Verfassungsbeschwerde zum Eurorettungsschirm (ESM) und Fiskalvertrag zur bis dahin größten „Bürgerklage“ in der Geschichte der Bundesrepublik. Es werden mehr als 100.000 Euro gespendet und innerhalb weniger Monate treten etwa 750 neue Mitglieder bei.

2012 tritt die Europäische Bürgerinitiative in Kraft. So wird auch auf Europaebene Verfassungsgeschichte geschrieben.

2015 startet Mehr Demokratie die Selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative „Stop TTIP“. Das mehr als 500 Organisationen starke Bündnis sammelt rund 3,3 Millionen Unterschriften. „Stop TTIP“ fordert die Institutionen der Europäischen Union und ihre Mitgliedsstaaten dazu auf, die Verhandlungen mit den USA über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zu stoppen, sowie das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit Kanada nicht zu ratifizieren.

2016 zieht Mehr Demokratie mit einem Bündnis unter dem Motto „Nein zu CETA“ erneut vor das Verfassungsgericht. Gemeinsam mit rund 125.000 Menschen wendet sich das Bündnis gegen den Abbau demokratischer Rechte durch das Handelsabkommen. Es geht wieder darum, dass die Rechte des Bundestags und damit der Bürgerinnen und Bürger nicht eingeschränkt werden dürfen. Das Verfassungsgericht stellt mit seinem Urteil sicher, dass der Bundestag beteiligt bleiben muss.

2016 startet Mehr Demokratie das Volksbegehren für die Bundesratsinitiative „Stoppt CETA“, die von der Landesregierung übernommen wurde.

2019 klagt Mehr Demokratie im Bündnis gegen das EU-Handelsabkommen mit Singapur. Dieses Abkommen steht exemplarisch für eine neue Art von Verträgen, mit denen weitreichende Kompetenzen auf die Europäische Union übertragen würden – dagegen wendet sich die Verfassungsbeschwerde.

2023 startet das Volksbegehren „Rettet den Bürgerentscheid!“ gegen die von der Schleswig-Holsteinischen Regierung beschlossenen Einschränkungen von Bürgerbegehren.



Ab 2019: Bürgerrats-Boom und Themenerweiterung

Das Ringen um gute direktdemokratische Regelungen begleitet uns und wird uns immer weiter begleiten - nicht nur auf Bundesebene. Auch in den Ländern müssen die Bürgerrechte ausgebaut oder verteidigt werden, wie ganz aktuell in Schleswig-Holstein.

Der Bereich „demokratische Kultur“ wird neu gegründet, um neben einer Verbesserung der Strukturen auch die inneren Voraussetzungen einer lebendigen Demokratie zu stärken. Ein gefragtes Angebot ist zum Beispiel das Gesprächsformat „Sprechen & Zuhören“, in dem der achtsame Dialog zu kontroversen Themen erprobt werden kann.

Auf Gemeinde- und Länderebene boomen die Bürgerräte - Mehr Demokratie ist dabei als Fachverband nicht mehr wegzudenken.

Auch auf Bundesebene erleben wir 2023 einen demokratischen Meilenstein: Mit losbasierten Bürgerräten des Bundestags wird ein neues Beteiligungsinstrument getestet. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier des Deutschen Bundestages haben am 10. Mai 2023 die Einsetzung eines Bürgerrates zum Schwerpunkt „Ernährung im Wandel: Zwischen Privatangelegenheit und staatlichen Aufgaben“

beschlossen. Mehr Demokratie hat wesentlich dazu beigetragen, wie mit der selbstorganisierten Umsetzung der Bürgerräte zu „Demokratie“ und „Deutschlands Rolle in der Welt“.

Wir sind in der Gegenwart angekommen! 2023 steht Mehr Demokratie noch immer für die Weiterentwicklung der Demokratie auf allen Ebenen. Neben der direkten Demokratie im Zent-

rum, Wahlrechtsfragen und Transparenz, die uns schon seit Jahren begleiten, sind im Laufe der Zeit eine Reihe weiterer Themen hinzugekommen oder wieder stärker in den Blick gerückt. Es gibt viele inhaltlich-politische Themenfelder, in denen der Verein derzeit aktiv ist, wie zum Beispiel digitale Demokratie, Gesetzgebungsverfahren im Bundestag, Demokratie und Klima. /

„Eine besondere Form, in der die Demokratie der Zuneigung zur Anwendung kommt, sind Bürgerräte. Wenn wir mit Mehr Demokratie nicht die ersten bundesweit gelosten Bürgerräte organisiert hätten, wäre der Bundestag dieser Idee sicher nicht gefolgt.“

Claudine Nierth, Bundesvorstandssprecherin von Mehr Demokratie



Die Bedeutung von Bürgerräten für die Demokratie

Auszüge aus der Rede von Dr. Wolfgang Schäuble zum Bürgerrat „Demokratie“

Der Bürgerrat Demokratie hat am 15. November 2019 sein Bürgergutachten mit 22 konkreten Vorschlägen zur Stärkung der Demokratie an Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble überreicht. Das Bürgergutachten wurde von 160 aus den Einwohnermelderegistern gelosten Menschen auf Grundlage von Vorträgen und Diskussionen mit Expertinnen und Experten erarbeitet.

Wir haben gerade 70 Jahre Grundgesetz gefeiert - mit gutem Grund - manchmal wissen wir ja gar nicht mehr wie gut es uns geht, in der Welt und zu früheren Zeiten. Deswegen müssen wir darauf achten, dass unsere wunderbare rechtsstaatliche Demokratie nicht durch Ermüdung an Wirkungskraft verliert, eine abnehmende Bindekraft [erfährt]. Und deswegen müssen wir neue Dinge eröffnen, um das Modell zu stärken. Da ist der Bürgerrat ein wirklich wichtiger Ansatz und deswegen empfehle ich, dass wir im Bundestag uns damit beschäftigen und auch versuchen, das umzusetzen ... Das waren alles Politiker, die 160 Teilnehmende[n] am Bürgerrat. Ich bin nicht Politiker und Sie Bürger. Ich bin genauso Bürger wie Sie. Und wir sind alle Politik ...

Um unsere parlamentarische Demokratie zukunftsfähig zu machen, brauchen wir neue Formen. Ich bin eher gegenüber Referenden auf Bundesebene ein wenig skeptisch. Ich war immer der Überzeugung, dass das Schweizer Modell [der Volksabstimmung] nicht auf Europa übertragbar ist ...

Wenn Bürgerbegehren dazu führen, dass immer nur die, die dagegen sind, abstimmen, dann haben wir die Anliegerdemokratie: „Nicht in meiner Nachbarschaft.“ Aber wenn wir einen Bürgerrat vor einen Volksentscheid schalten, dann ist das eine völlig andere Sache. Wenn wir Volksentscheide machen, dann einen Bürgerrat vorgeschaltet, um sicherzustellen, dass mit hinreichender Kompetenz dann nach dem Zufallsprinzip entschieden werden wird.

Natürlich hoffe ich, dass viele von denen, die sich in Bürgerräten beteiligen - und wenn wir das auch noch institutionalisieren, darüber wird im Bundestag gestritten werden, aber ich glaube schon, dass da was in Bewegung kommt... aber wenn es kommt, dann hoffe ich auch, dass diejenigen, die sich in Bürgerräten beteiligen, mehr Engagement in anderen gesellschaftlichen Bereichen und in den politischen Parteien und am Ende auch im Parlament, also auf allen Ebenen einbringen.

Wir wissen, dass Demokratie ohne Demokraten schon einmal schief gegangen ist. Deswegen finde ich es eine tolle Initiative ... Der Ansatz ist richtig - und notwendig ist er auf jeden Fall ... Ich verspreche Ihnen, dass ich im Rahmen meiner begrenzten Möglichkeiten mich dafür einsetze, dass wir die Chance für eine Stabilisierung unserer Demokratie tatsächlich nutzen. /



Hier kann die ganze Rede angehört werden:

www.youtube.com/watch?v=gKqORvjM4cc

THEMENBEREICHE UND KOOPERATIONEN VON MEHR DEMOKRATIE

Im Laufe der Zeit sind bei Mehr Demokratie immer mehr inhaltliche Bereiche entstanden, die auch die zunehmende Komplexität der Demokratieentwicklung widerspiegeln. Zur Zeit sind es zehn Themenbereiche mit eigenen Verantwortlichen.

Direkte Demokratie • Wahlrecht • Europa • Transparenz •
Handelsabkommen • Gesetzgebungsreform • Klima und Demokratie •
Bürgerräte • Digitale Demokratie • Demokratische Kultur

Das Kuratorium mit Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft und Politik berät den Vorstand. Prof. Dr. Arne Pautsch als Sprecher des Kuratoriums gibt mit der Absenkung des Wahlalters ein Beispiel aus Baden-Württemberg.

Mit diesen Organisationen sind wir in ihrer Entstehung eng verbunden: Democracy International • Global Forum on Modern Direct Democracy



BEREICHE

DIREKTE DEMOKRATIE

UND WAHLEN

Wahlen und Abstimmungen - das ist des Pudels Kern! Das, was Mehr Demokratie umtreibt, hat Verfassungsrang. Mehr noch, es gehört zu dem unveränderlichen Kern unseres Grundgesetzes und darf nie geändert werden: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen [...] ausgeübt.“ Das steht so in Artikel 20, Absatz 2 des Grundgesetzes.

Mehr Demokratie arbeitet seit Vereinsgründung für die und an der gesetzlichen Ausgestaltung von Wahlen und Abstimmungen. „Das Heil der Demokratien [...] hängt von einer geringfügigen technischen Einzelheit ab: vom Wahlrecht. Alles andere ist sekundär“, meinte der spanische Philosoph Ortega y Gasset. Die Arbeit am Wahlrecht aber allein denen überlassen, die durch Wahlen legitimiert werden? Das kann nicht genügen. Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind Stellvertretende auf Zeit. Ihr (berechtigtes) Interesse ist der Erhalt von Gestaltungsmacht. Reformen von Wahlrecht und direkter Demokratie kommen nicht sehr häufig aus den Parlamenten selbst und sind - das haben wir in 35 Jahren der Arbeit mehr als einmal erlebt - häufig von Parteiinteressen geleitet.

Was ist das Kernanliegen?

Mehr Demokratie hat die Frage, wie der Einfluss von Bürgerinnen und Bürgern auf die Zusammensetzung der Parlamente gestärkt werden kann, deshalb bereits in den Gründungsjahren beschäftigt. Erste Artikel hierzu

finden sich bereits in der dritten Ausgabe der Vereinszeitschrift von 1989. Die Kampagnen-Kraft lag indes viele Jahre bei der direkten Demokratie. In Sachen Wahlrecht änderte sich das erst 2004 grundlegend. Durch die 2001 reformierte Volksgesetzgebung auf Landesebene war es möglich, in Hamburg ein neues Wahlrecht zur Abstimmung zu bringen, das 2004 in einem Volksentscheid angenommen wurde. Dem Beispiel folgten die Mehr Demokratie-Landesverbände in Bremen und Nordrhein-Westfalen mit einem Volksbegehren beziehungsweise einer Volksinitiative. Während die Initiative in NRW erfolglos blieb, wurde das Bremer Volksbegehren von der Bürgerschaft (dem Stadtparlament) übernommen. In Hamburg endete die politische Debatte erst 2009 mit der Einführung eines fakultativen Referendums für vom Volk beschlossene Gesetze.

Tiefgreifende Wahlrechtsreformen sind den Parlamenten also nur direkt-demokratisch abzurufen; auf Bundesebene bleibt mangels dieser Möglichkeit nur das Bundesverfassungsgericht. Mehr Demokratie hat dieses mehrmals angerufen und in erfolgreichen Verfahren 2012 und 2013 dafür gesorgt, dass Überhangmandate nicht mehr in der bis dahin geltenden Form zulässig sind und die Sperrklausel bei EU-Wahlen abgeschafft wurde. In die bis März 2023 andauernde Reformdebatte zum Bundestagswahlrecht hat sich Mehr Demokratie intensiv eingemischt, auch einen umfassenden eigenen Reformvorschlag formuliert. Wer aber die Debat-



88



Fotos: Michael von der Lohe, Jan Hagelstein

ten um die Länder-Volksbegehren nachliest, dem wird klar: Eine derart umfangreiche wie notwendige Reform wird es auf Bundesebene nur geben, wenn endlich bundesweite Volksabstimmungen eingeführt werden.

Zur direkten Demokratie

Alle Kampagnen für die direkte Demokratie auf den unterschiedlichen politischen Ebenen aufzuzählen, würde den Umfang dieses Artikels sprengen. Der Verein wurde zur rechten Zeit gegründet und hat Entscheidendes für eine Entwicklung der direkten Demokratie vom Niederen zum Höheren beigetragen. Im Zuge der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 wurde die direkte Demokratie ganz selbstverständlich in die Landes- und Kommunalverfassungen der neuen Bundesländer aufgenommen, danach auch in die Gesetze und Verfassungen der alten Bundesländer. Vor 1988 hatte es nur in Baden-Württemberg kommunale Bürgerentscheide gegeben. In den Anfangsjahren, so erzählt man sich, gab es Vereinsaktive, die jedes Bürgerbegehren, das es in Deutschland gab, herunterbeten konnten. Heute, bei über 8.000 Bürgerbegehren, ist zu einem solchen Rosenkranz niemand mehr in der Lage.

Wie beim Wahlrecht gilt auch für die direkte Demokratie: Die grundlegendsten Reformen gelingen dort, wo auch gegen den Willen der Parlamente entschieden werden kann. Die Regeln für kommunale Bürgerentscheide in Bayern etwa, die auf Grund des Volksbegehrens „Mehr Demokratie in Bay-

ern“ 1995 festgelegt wurden, sind bis heute bahnbrechend. Ebenso die Regeln für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, die in Thüringen von Mehr Demokratie 2008 per Volksbegehren erzwungen wurden und als die derzeit besten unter den Bundesländern gelten.

Wo könnte es in Zukunft hingehen?

Schwierig, richtig schwierig, ist es dort, wo uns die direkte Demokratie nicht zur Verfügung steht: auf Bundesebene. Wir sind angewiesen, den Bundestag, die Parteien, davon zu überzeugen, dass nur mit dem bundesweiten Volksentscheid die Zusage des Grundgesetzes eingelöst werden kann, dass alle Staatsgewalt tatsächlich vom Volke ausgeht. Die Einführung der Volksabstimmung fällt nicht vom Himmel. Notwendig ist Überzeugungsarbeit und politischer Druck. Deshalb ist es so wichtig, dass noch viel mehr Bürgerinnen und Bürger danach verlangen, auch mitentscheiden zu wollen. /

VERANTWORTLICH

Alexander
TrennheuserRalf-Uwe
Beck

BEREICH EUROPA

Den Bereich Europa gibt es schon sehr lange bei Mehr Demokratie, denn unser Leben wird zunehmend auch von der Demokratie in der Europäischen Union geprägt. Leider ist die immer weiter steigende Bedeutung der EU für viele Menschen im Alltag nicht sehr wahrnehmbar und so hat die europäische Demokratie neben den üblichen Problemen noch ein zusätzliches Problem: mangelnde Aufmerksamkeit. Kaum jemand kann überschauen, wie diese größte von der Menschheit geschaffene Kooperations-Organisation wirklich funktioniert. Und neben den sehr komplexen Regelwerken gibt es auch noch das große Machtzentrum, das oft einer „Black Box“ gleicht: den Europäischen Rat, in dem alle europäischen Regierungen vertreten sind. Mehr Demokratie hat schon lange konkrete Konzepte dazu erarbeitet, wie eine komplexe Demokratie wie die EU funktionieren kann: mit einer starken gemeinsamen Wertebasis, bürgernah, transparent und die Diversität seiner Mitgliedsländer erhaltend (siehe Positionspapier: Europa neu denken und gestalten).

Was ist das Kernanliegen?

In der EU, die nie als vollwertige Demokratie entworfen wurde, sondern sich

über die Jahrzehnte zu einer vertieften demokratischen Zusammenarbeit entwickelt hat, tritt die Notwendigkeit einer Struktur-Reform noch deutlicher hervor, als auf nationaler Ebene. Die EU wird nur ihren eigenen unabhängigen Weg in dieser Welt finden, wenn sie es schafft, ihre Demokratie stark und handlungsfähig zu machen. Unser Kernanliegen ist es, einen Verfassungskonvent herbeizuführen, der in einem noch nie dagewesenen Selbstermächtigungsprozess die Menschen aktiv zu Mitgestalterinnen und Mitgestaltern einer zukunftsfähigen Demokratie für die EU macht.

Was waren die größten Erfolge und Herausforderungen?

Aufgrund der fehlenden Aufmerksamkeit und der Komplexität der Aufgabe ist es eine doppelte Herausforderung, eine Bürgerbewegung für eine europäische Demokratie-Reform zu starten. Wir sind schon oft bei verschiedenen Möglichkeitsfenstern mit großen Hoffnungen gestartet und leider zumeist gescheitert. Bis zu dem Zeitpunkt, als das Freihandelsabkommen TTIP die verschiedenen Teile der Zivilgesellschaften in eine lange nicht dagewesene Einigkeit darüber versetzt hat, für die europäische Demokratie zu kämp-



00



Fotos: Alexander Garrido Delgado



Ute Scheub, Mehr Demokratie e.V. (Hrsg.)
Europa - Die unvollendete Demokratie
Eine Vision für die Europäische Union

Kostenlos herunterladen:
www.oekom.de/buch/europa-die-unvollendete-demokratie-13951



fen. Die Kampagnen gegen TTIP und CETA haben eine Energie freigesetzt, die sich in unzählige lokale und überregionale Aktivenkreise übersetzte. Sie mündete schließlich 2014 in der selbstorganisierten europäischen Bürgerinitiative „Stopp TTIP“, hinter der sich über eine Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger versammelten.

Gab es einen Wendepunkt in der Entwicklung des Bereichs?

Ein ganz wichtiger Fortschritt für mehr Bürgernähe war 2012 die erfolgreiche Einführung der europäischen Bürgerinitiative (EBI). Mit der EBI haben die Bürgerinnen und Bürger der EU das Recht, bei einer Millionen Unterschriften ein Thema auf die Agenda zu setzen und eine Antwort von der Kommission zu erhalten.

Wo könnte es in Zukunft hingehen?

Heute ist es dringend nötig, die EBI zu reformieren und sie bekannter und wirkungsvoller zu machen. Vielleicht kann die EBI zukünftig genutzt werden, um ein europäisches „Citizen Panel“ mit gelosten Bürgerinnen und Bürgern zu einem bestimmten Thema einzufordern. Die innovative Weiterentwicklung der Mitbestimmungsinstrumente in der EU muss weiter vorangetrieben wer-

den, damit sich die Menschen aktiv mit der europäischen Demokratie verbinden können. Am besten geschieht diese Aufwertung der Beteiligungsstrukturen natürlich als Teil eines umfassenden Verfassungskonvents, der die gesamte Struktur der EU bereit macht für eine Zukunft, die eine dynamische Handlungsfähigkeit und gleichzeitig eine stabile Werteorientierung unserer europäischen Demokratie erfordert. /



Positionspapier: Europa neu denken
www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2022/2022-01-20_Mehr_Demokratie_Positionen_EU.pdf

VERANTWORTLICH



Sarah
Händel



Stefan
Padberg

BEREICH TRANSPARENZ ODER: GOODBYE AMTSGEHEIMNIS!

Ausgelöst durch das *Bündnis für Informationsfreiheit in Bayern* hat sich seit 2004 Mehr Demokratie mit *Transparency International* und der *Humanistischen Union* zusammengeschlossen und intern den Transparenzbereich aufgebaut.

Hier ein Beispiel, wie Mehr Demokratie Licht ins Dunkel der Verwaltung bringt: Der Bau der Elbphilharmonie war in den Jahren der fast zehnjährigen Bauzeit zwischen 2007 und 2016 ein ständiges Ärgernis für die Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt. Am Ende kostete der Bau etwa das elffache der ursprünglich veranschlagten 77 Millionen Euro - kostspielige Baustopps und intransparente Verträge regten viele Menschen in Hamburg so sehr auf, dass der Ruf nach mehr Transparenz bei großen Bauvorhaben immer lauter wurde.

Was ist das Kernanliegen?

Es bildete sich in Hamburg das Bündnis „Transparenz schafft Vertrauen“, ein Zusammenschluss von Mehr Demokratie, *Transparency International Deutschland* und dem *Chaos Computer Club*. Das gemeinsame Ziel: eine Weiterentwicklung der Informationsfreiheit. Weg vom Amtsgeheimnis, Anträgen und Gebühren, hin zu einer proaktiven Veröffentlichung von Daten und Informationen durch die Hamburger Verwaltung. Inspiriert wurde die Forderung des Bündnisses von einem Transparenzgesetz durch Slowenien. Dort galt auf nationaler Ebene ein Transparenzgesetz, durch das geschlossene Verträge erst

dann gültig werden, wenn sie veröffentlicht wurden.

Hamburg hatte zu diesem Zeitpunkt schon eine direktdemokratische Tradition. Es lag für das Bündnis also nahe, den Weg über eine Volksinitiative zu gehen. Die erste Stufe wurde geschafft, zur Unterschriftensammlung für das Volksbegehren sollte es allerdings nicht mehr kommen. Verhandlungen zwischen Initiative und Bürgerschaft mündeten 2012 in der einstimmigen Verabschiedung des Hamburgischen Transparenzgesetzes durch die Hamburger Bürgerschaft. Das dazugehörige Transparenzportal ist vermutlich eine der erfolgreichsten Behördenseiten der Republik. Mittlerweile laufen fast jeden Monat über zwei Millionen Abfragen ein. Die im Statistikbereich ebenfalls veröffentlichten häufigsten Suchbegriffe sind ein spannendes Zeugnis, welche Themen in welchen Jahren die Hamburgerinnen und Hamburger umgetrieben haben und wozu sie mehr wissen wollten und wollen. Und die Elbphilharmonie? Ab 2015 verschwand sie nach und nach aus der Liste der häufigsten Suchbegriffe. Die meisten Menschen wissen nicht, dass sie einer der Anlässe für eine Transparenz-Revolution wurde, die inzwischen auf ganz Deutschland ausstrahlt.

Was sind die größten Erfolge und Herausforderungen?

Es bleibt viel zu tun: Behördenmauern weiter einreißen - von Berlin bis Bayern und bundesweit.



2004



Fotos: Isa Lachmann,
Franziska Senkel/Netzwerk Recherche

Hamburg hat 2011 vorgelegt und viele Bundesländer sind über die letzten Jahre nachgezogen. Einige Länder (Schleswig-Holstein, Bremen, Thüringen und Rheinland-Pfalz) haben dabei progressive Gesetze beschlossen, die zwar nicht vollständig an das Hamburger Vorbild heranreichen, trotzdem aber deutliche Fortschritte waren. Hierbei erweist sich in den Flächenländern vor allen Dingen die Einbeziehung der Kommunen als wesentliche Klippe, vor allem, da der teils auf Landesebene schon unzureichende Stand der Digitalisierung in den Kommunen vollends zum kostspieligen Problem wird. In der politischen Debatte wird hierbei oft das ohnehin Notwendige, die vollständige Digitalisierung der Verwaltung und die dadurch entstehenden Kosten, als Argument gegen die Weiterentwicklung der Informationsfreiheitsgesetze hin zu einem Transparenzgesetz vermengt - man sei (noch) nicht so weit, erst müsse man Digitalisierungsschritte gehen. Zum Verhängnis wurde uns dieses Argument auch in Berlin, wo der von uns und der *Open Knowledge Foundation* initiierte „Volksentscheid Transparenz“ 2019 dem Vorbild Hamburgs nacheiferte und circa 33.000 Unterschriften für ein Berliner Transparenzgesetz sammelte - und bis heute auf politische Umsetzung wartet. Andere Bundesländer (Hessen, Baden-Württemberg) haben bisher völlig unzureichende Gesetze oder (zum Beispiel in Bayern, Niedersachsen) überhaupt noch keine Regelungen beschlossen.

Deutschland ist und bleibt im internationalen Vergleich Nachzügler in Sachen Transparenz.

Wo könnte es in Zukunft hingehen?

Durch eine Initiative im Koalitionsvertrag der Ampel inspiriert, präsentierte ein zivilgesellschaftliches Bündnis, bestehend aus uns und weiteren Transparenzorganisationen, im Herbst 2022 - exakt zehn Jahre nach dem Inkrafttreten des Hamburgischen Transparenzgesetzes - einen eigenen Gesetzesvorschlag für ein Bundestransparenzgesetz. Es bleibt ein weiter Weg hin zu einem Kulturwandel in der deutschen Verwaltung. Der Einsatz für mehr Transparenz zeigt uns deutlicher als jedes andere Projekt von Mehr Demokratie: Es gibt keine technische Lösung für ein kulturelles Problem. Wir werden uns weiter für diesen kulturellen Wandel einsetzen, damit der Transparenz-Leuchtturm in Hamburg in den nächsten 35 Jahren nicht weiter allein steht. /

VERANTWORTLICH



Marie
Jünemann

BEREICH HANDELSABKOMMEN



Seit 2014 sind Handelsabkommen Teil der Arbeit von Mehr Demokratie. In der Hochphase der Proteste gegen CETA und TTIP hat Mehr Demokratie mehrere Volksbegehren gegen diese Handelsabkommen initiiert. Wir waren Teil eines breiten zivilgesellschaftlichen Bündnisses, das Hunderttausende Menschen zu Großdemonstrationen in der ganzen Republik mobilisiert hat. Und wir haben gemeinsam mit *Campact* und *Foodwatch* die größte Bürgerklage aller Zeiten organisiert; 125.000 Bürgerinnen und Bürger haben mit uns gemeinsam Verfassungsbeschwerden gegen CETA in Karlsruhe eingeleitet.

Was ist das Kernanliegen?

Aber ist das nötig? Handelsabkommen – das klingt doch eigentlich harmlos und technisch. Aber Handelsabkommen können erhebliche Gefahren für die Demokratie, den Klimaschutz und den Alltag der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger bergen. Viele hundert Seiten Vertragstext können Klauseln enthal-

ten, die demokratische Prinzipien aushebeln und die Rechte von Parlamenten und Bürgerinnen und Bürgern schwächen.

Über Handelsabkommen wie CETA werden oft Sondergerichte oder sogenannte Schiedsgerichte eingerichtet, mit denen internationale Konzerne ihre Macht massiv ausbauen können. Als Kläger könnten dann ausschließlich Unternehmen auftreten, die eine Regierung verklagen wollen. Dagegen dürften Regierungen oder Bürgerinnen und Bürger das Gericht nicht anrufen. Ferner basieren die Urteile oft auf sehr unklaren, rechtlichen Begriffen. Der Deutsche Richterbund hat schon 2017 gefordert, dass der Deutsche Bundestag Sondergerichte auf dieser Basis nicht zulassen dürfe.

Mehr Demokratie äußert sich nicht zu Handelsfragen, wir sind in Bezug auf Wirtschaftspolitik vollkommen neutral. Wir kümmern uns um die rechtsstaatlichen und demokratischen Dimensionen dieser Abkom-

men. Wirtschaftswachstum darf nicht auf Kosten von demokratischen Grundprinzipien erfolgen oder die Gewaltenteilung schwächen.

Wo könnte es in Zukunft hingehen?

Aus diesem Grund werden wir die nun erfolgte Ratifizierung des CETA-Abkommens auch erneut dem Bundesverfassungsgericht vorlegen. Zudem hat Mehr Demokratie Verfassungsbeschwerden gegen den Abschluss des EU-Singapur-Abkommens (EUSFTA) eingeleitet. Auch dieses Abkommen setzt ein Ausschuss-System ein, das verbindliche Beschlüsse fassen kann – ohne parlamentarische Kontrolle und damit an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei. Dieses Abkommen greifen wir juristisch exemplarisch für eine neue Art von Freihandelsabkommen an, bei denen die Mitgliedstaaten nicht mehr beteiligt sind. Solche umfassenden Abkommen darf die EU nicht allein abschließen! /

VERANTWORTLICH



Alexander
Trennheuser



Roman
Huber

BEREICH GESETZGEBUNGSREFORM

Der Bereich für die Verbesserung der Gesetzgebungsverfahren wurde 2023 gegründet. Die komplexen Herausforderungen unserer Zeit, wie Klimawandel, Digitalisierung oder zunehmende Ungleichheit, erfordern umfassende Antworten und effektive Gesetze. Allerdings stehen der Politik mit mehr oder weniger unverändert gebliebenen Prozessen, Methoden und Kompetenzen keine zeitgemäßen Instrumente zur Verfügung. Angesichts dieser Diskrepanz muss eine umfassende Verbesserung der Gesetzesvorbereitung in den Fokus gerückt werden. Über 70 Prozent der vom Bundestag verabschiedeten Gesetze werden von der Bundesregierung eingebracht. Dies demonstriert eindrucksvoll eine zumindest quantitative Überlegenheit der Exekutive gegenüber der Legislative. Und selbst Gesetzentwürfe, die aus dem Parlament kommen, basieren häufig auf Formulierungshilfen, die zuvor von der Bundesregierung kamen. Der gegenwärtige Gesetzgebungsprozess sollte im Hinblick auf demokratische Beteiligung, Transparenz, fachliche Stringenz und politische Wirksamkeit grundlegend erneuert werden. Eine These ist, dass die politische Grundausrichtung, die Qualität und auch etwaige Fehler bereits im ersten Entwurf eines neuen Gesetzes festgelegt sind und anschließend nur unzureichend korrigiert werden können.

Das Kernanliegen

Wir wollen diese Herausforderungen angehen und innovative Vorschläge unterbreiten, um Reformen für das Gesetzgebungsverfahren anzuregen. Vor allem wird das Potenzial der Partizipation



in Gesetzgebungsverfahren zu selten genutzt: Insbesondere große Regelungsvorhaben mit politisch vorgegebenen kurzen Fristen lassen meist nur eine Scheinpartizipation zu. Die formale Beteiligung findet oft erst in einem sehr späten Stadium des Verfahrens statt, wenn die Weichen bereits gestellt sind. Möglichkeiten der frühzeitigen Beteiligung, also zu Beginn der Erarbeitung des Gesetzes durch ein Ministerium, werden selten genutzt. Zudem sind die Beteiligungsmöglichkeiten oft intransparent und für eine Reihe gesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure nicht zugänglich. Neben dem mangelnden politischen Willen liegt dies häufig an fehlenden Methoden, Instrumenten und Verfahrensmodellen. Auch Länder und Kommunen werden nicht ausreichend frühzeitig einbezogen.

Wo könnte es in Zukunft hingehen?

Wir wollen mit einem oder mehreren Ministerien oder dem ganzen Bundes-

tag in einem gemeinsamen Prozess innovativere, transparentere und partizipativere Verfahren bei konkreten Gesetzesvorhaben entwickeln und dann zwei bis drei dieser Prototypen einem Praxistest unterziehen. So erkennen wir, wie die Qualität eines Gesetzgebungsverfahrens tatsächlich optimiert werden kann. Auf dieser Grundlage könnten konkrete Empfehlungen für eine Reform des Gesetzgebungsverfahrens und für einen legislativen Fußabdruck folgen. /

VERANTWORTLICH



Roman
Huber

BEREICH DEMOKRATIE & KLIMA

Das Thema Klima ist in den letzten Jahren im politischen Diskurs wichtiger geworden. Die Aktivitäten, die zum Themenkomplex Demokratie und Klima im Verein stattfanden und -finden, haben wir 2022 im gleichnamigen Bereich zusammengefasst. Zu den Vorläufern des Bereichs zählt das Projekt „Klimawende von unten“, das Mehr Demokratie gemeinsam mit Bürgerbegehren Klimaschutz und dem Umweltinstitut München schon 2019 initiiert hat. Dabei geht es darum zu zeigen, wie Bürgerinitiativen mit den Mitteln der direkten Demokratie den kommunalen Klimaschutz voranbringen können. Ein anderer Strang, der eng mit dem Bereich verflochten ist, ist unser Engagement rund um Bürgerräte. Von Anfang an war Klima ein sehr beliebtes Thema für das Format, etwa ein Drittel aller Bürgerräte finden dazu statt. Wir haben schon viele Initiativen und Verwaltungen beraten, hatten aber auch Projekte wie „Die Klimadebatte“, die wir begleitend zum Bürgerrat Klima im Jahr 2021 organisiert haben. Im vergangenen Jahr hat die Bundesmitgliederversammlung entschieden, dass das Klimathema für die Demokratie so relevant ist, dass wir mit einem eigenen Bereich daran weiterarbeiten wollen.

Was sind Kernanliegen und Hauptaufgabe des Bereichs?

Wir sehen unsere Aufgabe darin, darauf hinzuwirken, dass Klimaschutz in ausreichendem Umfang umgesetzt wird, um zukünftige Gefahren für die Demokratie abzuwenden. Gleichzeitig soll und muss dieser Klimaschutz von

der Diskussion über die Abstimmung bis hin zur Umsetzung demokratisch praktiziert werden. Dafür setzen wir uns ein. Konkret wollen wir ...

- das Themenfeld erschließen, als wichtiger Ansprechpartner Vernetzungen herstellen und Bildungsarbeit leisten.
- vermeintliche und tatsächliche Konflikte herausarbeiten, adressieren und Lösungsansätze entwickeln.
- die demokratische Bearbeitung von Klimapolitik in geeigneten Formaten und mit geeigneten Mitteln fordern und fördern.
- darauf hinwirken, dass Klimaschutz und Demokratisierung Hand in Hand gehen.

Aktuell beobachten wir nicht nur, dass die deutsche Klimapolitik die Ziele des Pariser Abkommens verfehlt, sondern auch, dass Möglichkeiten - und Notwendigkeiten - für demokratische Mitsprache und Mitbestimmung vernachlässigt werden. Dadurch bleibt nicht nur der Klimaschutz auf der Strecke - auch drohen gesellschaftliche Spaltung und soziale Konflikte angeheizt zu werden.

Wir brauchen ein stabiles Klima für unsere Demokratie - wir brauchen aber auch eine stabile Demokratie, um Klimaschutz überhaupt umsetzen zu können. Darum arbeiten wir zum Beispiel daran, dass im kommunalen Klimaschutz die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung viel stärker mit Bürgerinnen und Bürgern zusammenarbeiten. Nur gemeinsam ist die Mega-Aufgabe Klimaschutz zu stemmen.



Handbuch bestellen:
www.klimawende.org/
handbuch



Karl-Martin Hentschel
Handbuch Klimaschutz:
Wie Deutschland das 1,5-Grad-
Ziel einhalten kann. Basiswis-
sen, Fakten, Maßnahmen



Was waren die größten Erfolge und Herausforderungen?

Als motivierend empfinde ich die konkrete Arbeit mit Menschen in Beteiligungsprojekten wie zum Beispiel der Klima-Demokratie-Werkstatt, die wir nun schon einige Male durchgeführt haben. Die Teilnehmenden berichten, dass ihnen die Kooperation und Gemeinschaft, die sie erleben konnten, wieder Hoffnung geben und sie Lust haben, sich zukünftig stärker politisch einzubringen. Das gleiche lässt sich bei Bürgerräten beobachten: Alle Beteiligten, inklusive der Politikerinnen und Politiker, die die Prozesse direkt mitverfolgen, spüren, dass solche Formate einen völlig anderen Charakter haben als der „normale“ politische Alltag. Und genau diese konstruktive Form der Zusammenarbeit brauchen wir, um der Klimakrise zu begegnen.

Das große Problem im Bereich Klimaschutz ist die Zeitdimension. Die Gesellschaft wandelt sich, es werden Klimaziele und -maßnahmen beschlossen. Es geht aber alles zu langsam. Und was leider von vielen noch nicht verstanden wurde: Es gibt Kipppunkte im Klimasystem. Wenn diese überschritten sind, gibt es kein Zurück mehr. Die Erde wird sich dann weiter erwärmen, auch wenn wir Menschen aufhören, Treibhausgas auszustoßen. Und wir stehen kurz davor, die Kipppunkte zu überschreiten. Langsamer Klimaschutz ist darum ein Widerspruch in sich. Wir müssen in den nächsten Jahren einen radikalen Kurswechsel schaffen. Ich glaube nicht, dass das unvereinbar ist mit der

Demokratie, wie manchmal behauptet wird - im Gegenteil. Dieser tiefgreifende gesellschaftliche Wandel kann nur demokratisch passieren. Aber ich bin mir sicher, dass wir mit der Demokratie, wie sie heute funktioniert und verstanden wird, das Problem nicht werden lösen können. Wir brauchen ein neues Politikverständnis, neue Formate, eine ganz andere Form des Miteinanders.

Wo könnte es in Zukunft hingehen?

Ich denke, in den nächsten Jahren wird immer deutlicher werden, dass wir einen konsequenten Klimaschutz brauchen - und auch, dass dieser nicht „von oben“ diktiert werden kann, sondern nur auf dem Weg der gemeinsamen Gestaltung zu erreichen ist. Wir haben bei Mehr Demokratie nicht die Antwort auf alle Fragen in diesem komplexen Themenfeld, aber in den vergangenen Jahren konnten wir viel Expertise sammeln und gute Ideen entwickeln. Insofern würde ich mich freuen, wenn wir an vielen Stellen dazu beitragen können, dass die Gesellschaft der - nahen! - Zukunft ökologisch nachhaltig und eine lebendige Demokratie sein wird. /



VERANTWORTLICH



**Steffen
Krenzer**

BEREICH BÜRGERRÄTE

ab 20

Das Instrument geloster Bürgerräte kam 2017/2018 vor dem Hintergrund der Demokratiekrise in den Blick: Nach der Brexit-Entscheidung, der Wahl Donald Trumps und dem Wiederaufstieg des Nationalismus und Populismus auch in Europa, war in der Politik ein Misstrauen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu spüren. Vorurteile und Skepsis gegen die Idee der Volksabstimmung nahmen auf Seiten der Politik wieder zu. Zugleich zeigen Umfragen immer wieder, wie viele Bürgerinnen und Bürger aktuell mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind.

2018 machte ein bewegendes Dossier in der Süddeutschen Zeitung von Bastian Berbner auf die positiven Erfahrungen mit gelosten Bürgerräten in Irland aufmerksam. Inspiriert dadurch entstand bei Mehr Demokratie die Idee, einen Bürgerrat auch in Deutschland auszuprobieren. Es folgten Monate der Recherche, unter anderem mit einer Studienfahrt nach Irland, der Konzeptentwicklung, des Fundraisings und der Gespräche mit Politikerinnen und Politikern. Claudine Nierth gelang es schließlich, den damaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble als Schirmherren für die Idee eines bundesweiten Bürgerrats zu gewinnen. Der erste Bürgerrat 2019 auf Bundesebene zum Thema „Demokratie“ war geboren und wurde von Mehr Demokratie umgesetzt.

Was ist das Kernanliegen?

Bürgerräte bieten mehrere große Chancen: Sie binden durch das Losver-

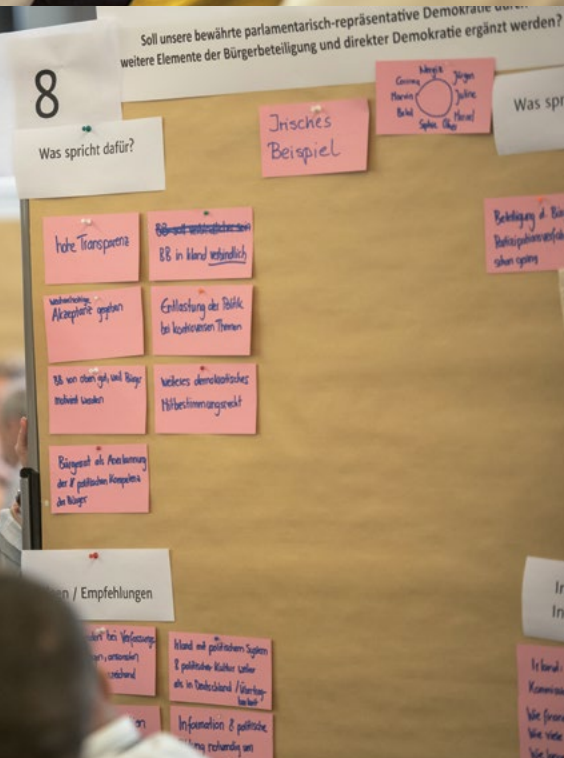
fahren auch Menschen in politische Fragen mit ein, die sonst wenig Berührungspunkte mit Politik haben. Und sie bieten ein viel differenzierteres Bild und damit für die Politik auch hilfreichere Rückmeldung als Meinungsumfragen. Bürgerräte bedeuten auch eine neue demokratische Kultur: Statt dem Kampf um das richtige Ergebnis oder um das Durchsetzen der eigenen Meinung geht es hier um den Dialog. Alle Stimmen sollen gehört und Lösungen gefunden werden, die für möglichst alle tragbar sind. Bürgerräte funktionieren anders als viele Instrumente, die wir im politischen Raum bisher kennen: Ganz unterschiedliche Menschen erhalten zu einem möglichst alltagsnahen und für die Bevölkerung relevanten Thema alle notwendigen Informationen. Mit einer guten Moderation und genug Zeit erarbeiten sie Ergebnisse, in die alle Positionen mit einfließen können. Dadurch entstehen Vorschläge, die ko-kreativ und für einen Querschnitt der Bevölkerung nachvollziehbar und tragbar sind.

Was waren die größten Erfolge und Herausforderungen?

Der Bürgerrat Demokratie war die Keimzelle für die Idee, bundesweite Bürgerräte weiter - auch in Kombination mit Volksabstimmungen - zu testen und auch offiziell als neues Politikinstrument in bundespolitischen Fragen zu nutzen. Auch beim zweiten Bürgerrat „Deutschlands Rolle in der Welt“ übernahm Wolfgang Schäuble die Schirmherrschaft. Der Bundestag, also Abgeordnete und auch die Bundestags-



19



Fotos: Robert Boden

verwaltung, haben diesen Bürgerrat bereits eng begleitet und evaluiert. Auch Schäubles Nachfolgerin im Amt, Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, machte das Thema Bürgerräte zu einem ihrer wichtigen Anliegen. Mittlerweile arbeitet eine eigene „Stabsstelle Bürgerräte“ in der Bundestagsverwaltung und der erste Bürgerrat zum Thema Ernährung findet 2023 im Auftrag des Bundestages statt. Eine Herausforderung bleibt es, möglichst diverse Menschen zur Teilnahme an einem Bürgerrat zu gewinnen. Eine weitere Herausforderung ist, dass eine kontroverse, noch nicht vorentscheidene Fragestellung gefunden wird, die sowohl Abgeordnete wie Bürgerschaft interessiert. Eine dritte Herausforderung ist der Balanceakt zwischen Unverbindlichkeit (da Bürgerräte beraten und nicht entscheiden) und einer ernsthaften Behandlung und Auseinandersetzung von Seiten des Parlaments.

Gab es einen Wendepunkt in der Entwicklung des Bereichs?

Ein Wendepunkt war sicherlich Wolfgang Schäubles Entschluss, schon den ersten Bürgerrat zu unterstützen. Ein weiteres Highlight war sicher auch die Aerial Art-Kunstaktion im November 2019 zur Einreichung des Bürgergutachtens „Demokratie“ vor dem Reichstag: Mehrere hundert Menschen haben zusammen eine riesige Spirale gebildet, die sich in Richtung der Reichstagsstufen öffnete. Dabei ist ein wichtiges positives Bild und ein Demokratie-Erlebnis entstanden, die bis heute auch medial wirksam sind. Ein kürzlicher Wendepunkt war der kontroverse „Einsetzungsbeschluss“ im Bundestag vom 10. März 2023. Hier wurde erstmals deutlich, dass Bürgerräte in der Bundespolitik wirklich relevant sind, damit aber auch heiß diskutiert und kritisiert werden. Der erste vom Bundestag beauftragte Bürgerrat startet voraussichtlich Ende September 2023.

Das Thema ist in der Bundespolitik und in den Medien angekommen - in den nächsten Monaten wird sich zeigen, ob die Idee überzeugen kann und ob die Umsetzung so gelingt, dass ein guter Boden für weitere Bürgerräte bereitet ist. Mehr Demokratie ist dabei mit mehrerer Partnerorganisation im Auftrag des Bundestages für die professionelle Umsetzung verantwortlich. Auch das ist ein Novum und eine Herausforderung für unseren Verein.

Wo könnte es in Zukunft hingehen?

Wir brauchen vor allem Erfahrungen und Erlebnisse mit dem Instrument Bürgerrat. Viele Menschen, in der Politik, den Medien und der Bevölkerung, können sich unter Bürgerräten noch nicht viel vorstellen. Die besondere Atmosphäre, die Gespräche auf Augenhöhe und der faire Umgang mit allen Positionen müssen für möglichst viele Menschen erlebbar gemacht werden. Auch Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten des Instruments sollten offen angesprochen werden. Dabei hilft eine transparente Kommunikation: Das Prozess-Design, der Experten-Input für Bürgerräte, die Ergebnisse, aber auch abweichende Positionen und „Schmerzpunkte“ sollten offen und gut zugänglich kommuniziert werden. Mit Einwänden und Ängsten gehen wir offen und wertschätzend um. Wir alle befinden uns in einem Lernprozess, in dem wir unsere Demokratie weiterentwickeln wollen. /

VERANTWORTLICH



Claudine
Nierth



Roman
Huber

BEREICH DIGITALISIERUNG

Den ersten Schritt in Richtung eines Bereichs „Digitalisierung und Demokratie“ haben wir mit dem Beschluss 2019 gemacht, die internationale Beteiligungssoftware „Consul Democracy“ (CD) nach Deutschland zu bringen. Auf Initiative von Roman Huber waren Anselm Renn und ich im Vorfeld (November 2018) auf der Consul-Konferenz in Madrid, um uns sowohl die Software als auch die Community näher anzuschauen. Beides war durchaus beeindruckend. Mehrere hundert Menschen aus aller Welt, die in unterschiedlichen Weisen mit der Software arbeiteten, waren vertreten. Mit diesen Eindrücken zurückgekehrt, wurde beschlossen, „Consul Democracy“ auch in Deutschland zu testen. Aus der Testphase wurde schnell ein dauerhaftes Projekt mit aktuell mehr als 30 deutschen Kommunen, das durch die Kooperationen mit der *Bosch-Stiftung* und der *Gemeinnützigen Treuhandstiftung* auch für die kommenden drei Jahre abgesichert ist.

Schnell war aber klar, dass digitale Bürgerbeteiligung nur ein Bestandteil einer umfassenderen MD-Antwort auf die Herausforderungen der Digitalisierung sein kann. Dafür haben wir den „Digital Democracy Summit“ ins Leben gerufen, eine Veranstaltungsreihe, die dieses Jahr zum dritten Mal stattfindet (erstmalig mit dem Schwerpunkt KI) und bei der wir schon hochkarätige Expertinnen und Experten begrüßen

durften, wie die Digitalministerin Taiwans, Audrey Tang. Diese Eindrücke haben wir im Anschluss in einer Digitalagenda, die unter anderem ethische Grundsätze, Transparenz sowie Online-Beteiligung umfasst, verarbeitet und weiterentwickelt. Diese wurde auf der Mitgliederversammlung im Sommer 2022 verabschiedet. Der letztendliche Schritt zum eigenen Bereich „Digitale Demokratie“.

Was ist das Kernanliegen?

Die Digitalisierung ist allgegenwärtig. Einige Auswirkungen sind schon heute spürbar, andere zeichnen sich erst langsam am Horizont ab und wieder andere liegen noch völlig im Dunkeln. Viele Weichen werden aber jetzt gestellt. Wir wollen diese mitgestalten und für eine Digitalisierung sorgen, die am Leben der Menschen ausgerichtet ist und nicht an den Gewinnen von Unternehmen. Consul bleibt dabei in den nächsten Jahren im Mittelpunkt, als grundlegende Aufgabe des Vereins: Menschen (auch sonst stille Gruppen) sollen die Entscheidungen mit beeinflussen können, die sie und die Gesamtheit der Gesellschaft betreffen.

Was waren die größten Erfolge und Herausforderungen?

Ein großer Erfolg unserer Kernarbeit ist bisher zweifellos die Anzahl von mehr als 30 Kommunen, Regionen und Initiativen, die Consul mittlerweile ge-



**DIGITAL
DEMOCRACY
SUMMIT**
20.-23.06.23



ab 2022



Foto: freepik.com

nutzt und so zehntausende Menschen beteiligt haben. Damit hatten wir zu Beginn nicht ansatzweise gerechnet. Jedoch erreicht die Qualität der Bürgerbeteiligung noch zu selten unsere Vorstellungen. Diese steht nun im Fokus in den nächsten Jahren. Dafür haben wir seit letztem Sommer mit Ingrid Woods eine Beraterin für digitale Bürgerbeteiligung an Bord.

Bisher sind die Ressourcen sehr auf das Erfolgsprojekt „Consul Democracy“ fokussiert. Im restlichen Bereich stehen wir dagegen erst am Anfang. Umso wichtiger waren daher sowohl unsere Digitalisierungs-Veranstaltungen, als auch die Zusammenarbeit mit einigen Landesverbänden zu den Themen Online-Unterschriftensammlung und partizipatorische Gesetzgebung sowie mit Marie Jünemann zu Transparenz.

Ein Wendepunkt für den Bereich waren mit Sicherheit die Förderungen der *Bosch-Stiftung* und der *Gemeinnützigen Treuhandstelle Hamburg*, ohne die unsere Arbeit so nicht möglich gewesen wäre. Vielen Dank auch nochmals an dieser Stelle!

Wo könnte es in Zukunft hingehen?

Unser Ziel ist nichts weniger als eine demokratische Evolution „von unten“. Die Menschen sollen die Politik vor ihrer Haustür bis zur Bundesebene mitgestalten können. Dafür gibt es heutzutage an digitalen Instrumenten kein Vorbeikommen mehr - auch, wenn es

mit Sicherheit eine Kombination von analog und digital braucht.

Vor kurzem war ich zu Besuch im Rathaus in Madrid. Wenn wir diesen Stand auch in deutschen Städten erreichen würden, wäre ein erster großer Schritt getan: 60 Mitarbeitende für Bürgerbeteiligung und ein Budget von 100 Millionen Euro pro Jahr. Wir können uns auch an einer anderen spanischen Stadt orientieren: Barcelona gilt als die Vorreiter-Stadt für eine „humane Smart-City“, die ihre Vorstellungen von Bürgerbeteiligung, Open-Source und offene Daten auch gegen den Druck der Big-Tech durchgesetzt hat. Wollen wir eine demokratische Digitalisierung schaffen, wird genau dies die Aufgabe sein: Die Vorzüge der digitalen Welt nutzen und die Vorherrschaft der Big-tech umgehen, um so einen dritten Weg zwischen dem Überwachungs-Kapitalismus und dem Überwachungsstaat zu schaffen./

VERANTWORTLICH



Simon
Strohmeier

BEREICH DEMOKRATISCHE KULTUR

Der Bereich wurde im November 2022 bei einem Treffen von Mehr Demokratie-Mitarbeitenden geformt. In den Jahren und Monaten zuvor haben sich verschiedene Zugänge zum Themenfeld Demokratische Kultur entwickelt. Mit dem Treffen wurden die verschiedenen Projekte „Deepening Democracy“ (Systemaufstellungen zur Demokratie), „Sprechen & Zuhören“ (achtsames Gesprächsformat), „Trauma und Demokratie“ (Forschungsprojekt) und Kulturveranstaltungen wie „Climate Crisis? Stop and listen!“ unter einem Dach zusammengefasst.

Diesen Projekten ist gemeinsam: Sie nehmen kulturelle Faktoren wie Emotionen, Denkmuster, persönliches Erleben in den Blick, bevor es um rationale Debatten und Strukturen geht. Wir wollen damit einen Boden für guten demokratischen Austausch und somit auch bessere Ergebnisse bereiten. Denn eine lebendige Demokratie besteht nicht allein aus Verfahren, sondern muss auch neue Erfahrungen möglich machen.

Was ist das Kernanliegen?

Demokratie ist keine reine Kopfsache. Sie wird von Faktoren wie Emotionen, Beziehungen, Überzeugungen und Wahrnehmungsmustern beeinflusst. Solange wir nur an den Strukturen arbeiten, werden wir Probleme wie die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft oder das anhaltende Misstrauen gegen „die Anderen“ nicht lösen. Denn Vertrauen und Wertschätzung lassen sich eben nicht regeln oder verordnen.

Wir brauchen eine entsprechende demokratische Kultur und diese muss entwickelt, gelebt und erfahren werden.

Was waren die bisherigen Erfolge?

- Seit 2020 über 50 Veranstaltungen (Sprechen & Zuhören, Aufstellungen, Trauma und Demokratie-Workshop) mit über 2.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und zwei wissenschaftliche Veröffentlichungen über die Projekte „Deepening Democracy“ und „Trauma und Demokratie“.
- Neunter Platz beim Crowdfunding Wettbewerb (2021) mit dem „Deepening Democracy“-Projekt bei der Hertie-Stiftung, erreicht mit 605 Spendenden und 18.628 Euro Fundingsumme und zusätzlicher Förderung durch die Hertie-Stiftung in Höhe von 10.000 Euro.
- Im Mehr Demokratie-Alltag kommt das Format „Sprechen & Zuhören“ bereits an vielen Stellen ganz selbstverständlich zum Einsatz - etwa bei Besprechungen, Mitgliederversammlungen oder als Auftakt zu Veranstaltungen.

Ein Schlüsselerlebnis

Immer wieder melden uns Menschen zurück, wie berührt sie sind, wenn statt dem üblichen Schlagabtausch zu politischen Themen ein echter Dialog auf Augenhöhe stattfindet. Durch unsere neuen Formate erreichen wir auch Menschen, die an politischen Debatten nicht interessiert sind oder sogar davor zurückschrecken. So meldete nach der



2022



Fotos: Bror Giesenbauer, Orbon Alija/istock

„Sprechen & Zuhören“-Runde während des Sommercamps 2022 im Zentrum für Experimentelle Gesellschaftsgestaltung (ZEGG) in Bad Belzig eine junge Frau zurück: „Ich interessiere mich sonst nicht für Politik und habe auch keine Lust darauf. Aber das hier hat etwas mit mir selbst, mit meinem Leben zu tun. So kann ich wieder einen Zugang zur Demokratie finden.“ Entscheidend ist dabei, dass die Menschen erleben: Politik ist nichts Voraussetzungsvolles, was nur die Fachleute angeht. Politik hat mit meinem Leben und Alltag zu tun und ich selbst bin kompetent, mich zu politischen Fragen zu äußern. Unsere Formate eröffnen einen emotionalen Zugang zu politischen Themen. Neben Faktenwissen werden auch das eigene Erleben und Empfinden anerkannt und integriert. So wird es für viele Menschen einfacher und auch interessanter, sich einzubringen.

Wo könnte es in Zukunft hingehen?

In nahezu allen Gesprächen, die wir zum Thema demokratische Kultur führen, wird deutlich: Hier besteht ein echter Bedarf. Es gibt auf Seiten der Bevölkerung, aber auch auf Seiten der Medien und der Politik großes Interesse an demokratischen Räumen, in denen Menschen sich gehört und gesehen fühlen.

Im Moment laufen Planungen für größere Kampagnen mit dem Gesprächsformat „Sprechen & Zuhören“. Wir arbeiten an einem transdisziplinären Forschungsvorhaben zu psychologischen Faktoren in demokratischen Pro-

zessen und sondieren nächste Schritte in Bezug auf eine traumainformierte Demokratie. Eine zentrale Frage ist bei allen Vorhaben, wie psychologisch sichere Räume in Gruppen hergestellt und auch polarisierte Meinungen ausgedrückt werden können.

In den nächsten Jahren werden wir zahlreiche Beispiele einer gelebten demokratischen Kultur sammeln. Wir werden wissenschaftliche Studien durchführen. Wir finden neue Antworten auf die Frage, wie politische Prozesse geprägt werden können von gegenseitigem Vertrauen, Dialog, Wertschätzung und Co-Kreativität. Mit diesem Wissen wird Mehr Demokratie auch andere Organisationen und politische Akteurinnen und Akteure zum Thema demokratische Kultur beraten und gefragter Ansprechpartner für Politik und Zivilgesellschaft werden. /

VERANTWORTLICH



Dr. Josef
Merk



Anne
Dänner



Dieter
Halbach



Die Absenkung des passiven Wahlalters in Baden-Württemberg

Prof. Dr. Arne Pautsch über ein kleine Gesetzesänderung mit großer kommunaler Wirkung

Zu den demokratiepolitischen Themen der vergangenen Jahre gehört die Diskussion um die Absenkung des aktiven Wahlalters auf allen politischen Ebenen. Auch Mehr Demokratie e.V. hat diese Diskussion aktiv vorangetrieben, vor allem mit der Unterstützung von verfassungs- und verwaltungsgerichtlichen Verfahren, die auf eine Wahlaltersabsenkung beim aktiven Wahlrecht zielen.

Demgegenüber ist das passive Wahlrecht - das heißt die Wählbarkeit in eine Volksvertretung - bislang auf allen Ebenen strikt auf die Vollendung des 18. Lebensjahres begrenzt. Bislang. Denn Baden-Württemberg hat auf Initiative der grün-schwarzen Landesregierung jüngst einen bemerkenswerten Vorstoß unternommen: Mit dem Gesetz zur Änderung kommunalwahlrechtlicher Vorschriften wird nun - erstmalig geltend bei den nächsten Kommunalwahlen im

Jahr 2024 - die Möglichkeit geschaffen, dass sich auch 16-Jährige um ein Mandat bewerben und in die kommunalen Vertretungsorgane gewählt werden können. Der Gesetzentwurf der Landesregierung ist mit den Stimmen der Regierungsfractionen und der oppositionellen SPD-Fraktion mit breiter Mehrheit am 29. März 2023 vom Landtag verabschiedet worden. Damit hat Baden-Württemberg die Tür für mehr „echte“ Jugendpartizipation unter den Bundesländern weit geöffnet. Ein regelrechter Paukenschlag, der die Kandidatur für ein Mandat in Gemeinde- oder Ortschaftsräten beziehungsweise in den Kreistagen bereits ab 16 Jahren eröffnet.

Das Gesetz sieht als zentrale Änderung im Kern die Streichung des bisherigen Wählbarkeitsalters von 18 Jahren und eine Verknüpfung mit dem aktiven Wahlrecht, das

ab 16 Jahren besteht, vor. Ein kleiner Eingriff in den Gesetzestext mit großer Wirkung für die kommunale Demokratie.

Die im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens geäußerte Kritik, es würde bis zur Volljährigkeit zu einem „Mandat zweiter Klasse“ kommen, trägt nicht. Denn wie beim aktiven Wahlalter entzieht der einfache Gesetzgeber auch mit der Festsetzung des Mindestwählbarkeitsalters auf 18 Jahre die passive Wahlteilnahme - und greift in den Wahlrechtsgrundsatz der Allgemeinheit der Wahl ein. Ein solcher Eingriff ist verfassungsrechtlich nur dann gerechtfertigt, wenn er den dafür geltenden strengen Maßstäben genügt. Das Bundesverfassungsgericht sieht den Anspruch auf freie und gleiche Teilhabe an der öffentlichen Gewalt sogar in der Menschenwürdegarantie (Artikel 1 Absatz 1 im Grundgesetz) verankert. Die Allgemeinheit der Wahl sichere die staatsbürgerliche Egalität und untersage den unberechtigten Ausschluss von der Wahl. Das gilt grundsätzlich für das aktive wie das passive Wahlrecht.

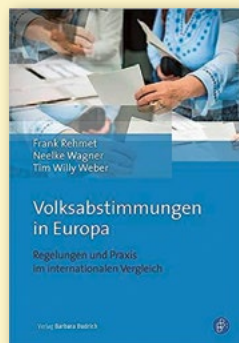
Auch wenn der Gesetzgeber einen Einschätzungsspielraum besitzt, erfordert die fundamentale Bedeutung des Wahlrechts eine ständige Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der Beschränkungsgründe an die sich ändernden Bedingungen für die Ausübung des Wahlrechts. Mit anderen Worten: Der Gesetzgeber darf für die Zuerkennung der Wahlberechtigung zwar auf das Vorliegen eines gewissen Grades an politischer Einsichtsfähigkeit und Reife abstellen, muss diesen aber korrekt ermitteln und laufend überprüfen. Dem ist der Landesgesetzgeber in Baden-Württemberg umfassend nachgekommen, indem er aktuelle Studien zur „politischen Kompetenz“ von Jugendlichen umfassend berücksichtigt hat.

Schließlich gilt es, mit einem Missverständnis aufzuräumen: Der oft behauptete notwendige Gleichlauf mit dem Volljährigkeitsalter, das im Zivil- und Strafrecht als Anknüpfungspunkt für Rechte und Pflichten dient, trägt in puncto Wahlrecht nicht. Denn es handelt sich dabei nicht wie beim Wahlrecht um einen Wert von Verfassungsrang, der der Allgemeinheit der Wahl und dem Demokratieprinzip die Waage halten könnte. /



Prof. Dr. Arne Pautsch

ist Professor für Öffentliches Recht und Kommunalwissenschaften an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg und seit 2019 Sprecher des Kuratoriums Mehr Demokratie. Zu dem hier behandelten Gesetzentwurf ist er als Sachverständiger im Ausschuss des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen des Landtages von Baden-Württemberg angehört worden.



Frank Rehmet, Neelke Wagner, Tim Willy Weber
Volksabstimmungen in Europa



Karl-Martin Hentschel
Demokratie für Morgen
Roadmap zur Rettung der Welt - Mit einem konkreten Entwurf für ein gerechtes Europa



Ute Scheub, Mehr Demokratie e.V. (Hrsg.)
Demokratie - Die Unvollendete - Plädoyer für mehr Teilhabe
(kostenloser Download)



Claudine Nierth
Die Demokratie braucht uns! Für eine Kultur des Miteinander



Claudine Nierth, Roman Huber
Die zerrissene Gesellschaft
So überwinden wir gesellschaftliche Spaltung im neuen Krisenzeitalter



Kennen Sie schon Democracy International?

Ein Einblick in den Schwesterverein von Mehr Demokratie von Andreas Müller

Democracy International ist das transnationale Demokratienetzwerk für Menschen und Organisationen weltweit.

Schon Anfang der 2000er hat sich dieses Netzwerk unter der Leitung von Mehr Demokratie zusammengefunden, um im Zuge der Verhandlungen zum Europäischen Verfassungskonvent für mehr direkte Demokratie auf EU-Ebene zu kämpfen.

Und das mit Erfolg: Nach langen, spannenden Verhandlungen wurde die Einführung der Europäischen Bürgerinitiative beschlossen, dem ersten transnationalen direktdemokratischen Instrument weltweit.

Mit diesem Erfolg im Rücken und der gemeinsamen Idee, weiterhin zusammen für mehr direkte Demokratie

einzutreten, wurde aus diesem losen Netzwerk 2011 der Verein *Democracy International*.

Was wir tun

Als Schwesterverein von Mehr Demokratie verstetigt *Democracy International* weltweit das, was in den Jahren davor in Europa entstanden war: Die gegenseitige Unterstützung über nationale Grenzen hinweg, das voneinander Lernen und natürlich die gemeinsame Weiterentwicklung (direkt) demokratischer Instrumente, insbesondere auf transnationaler Ebene.

Was erst einmal technisch klingt, ist in der alltäglichen Arbeit vielfältig und divers. Natürlich setzen wir uns weiterhin für die Verbesserung unserer Bürgerrechte auf europäischer

Ebene ein. Wir sind Teil des offiziellen Teams der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) und beraten Organisationen bei der Umsetzung ihrer Anliegen, befragen Initiativen, welche Verbesserungsvorschläge sie für die EBI haben und fördern durch Kampagnen zum Beispiel ein besseres Follow-up durch die Europäische Kommission und das EU-Parlament.

Gleichzeitig wollen wir, dass sich die Europäische Union selbst noch einmal neu aufstellt. Dafür fordern wir einen Europäischen Konvent. Er soll sich mit demokratischen Fragen bis hin zu einer neuen, gemeinsamen EU-Verfassung beschäftigen. Inhaltlich hätten wir dazu viel zu sagen. Aber uns geht es insbesondere um die demokratische Ausgestaltung des Kon-



vents. Einen ersten Einblick haben wir nun durch die Konferenz zur Zukunft Europas bekommen. Zum ersten Mal erarbeiteten auch zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger auf EU-Ebene Vorschläge zur Reformierung der EU. In dieser Konferenz war nicht alles so organisiert, wie wir uns das vorgestellt haben. Aber es war ein großer Schritt in die richtige Richtung. Mit unserer European Public Sphere, einer geodätischen Kuppel aus Holz, oder unserem Projekt „Parlament zur Zukunft Europas“, diskutieren wir außerdem selbst mit Teilnehmenden aus der ganzen EU darüber, wie für sie das Europa der Zukunft aussehen soll.

Auf internationaler Ebene fördern wir insbesondere den Austausch zwischen Demokratie-Aktiven, Organisationen, Wissenschaft und Menschen aus Politik und Verwaltung. *Democracy International* ist Hauptveranstalterin der größten Konferenz zu direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung weltweit - dem Global Forum on Modern Direct Democracy (siehe S.46). In diesen Foren, aber auch auf Studienreisen in die USA, die Schweiz oder nach Irland, auf Jahrestagungen und Demokratie-Jugend-Camps, lernen wir voneinander und tauschen uns über Best Practices aber auch Herausforderungen aus.

Mit unserem Direct Democracy Navigator haben wir eine Datenbank ge-

schaffen, die alle gesetzlichen Regelungen zu direkter Demokratie weltweit recherchiert und interaktiv zur Verfügung stellt.

Neben der Erforschung der bestehenden Regelungen ist für uns die Weiterentwicklung insbesondere der transnationalen Demokratie ein Grundanliegen. Mit unserer Kampagne zur Einführung einer Weltbürger-Initiative fordern wir ein Initiativrecht, das sich direkt an die Generalversammlung der Vereinten Nationen richtet. In den letzten Jahren sind insbesondere die Themen Jugend und Demokratiebildung hinzugekommen.

Demokratieförderung für junge Menschen - mein eigener Werdegang

Wie wichtig Demokratieförderung unter jungen Menschen ist, sehe ich an meinem eigenen Werdegang. Dass ich 2013 bei *Democracy International* gelandet bin und dort mein letztes Praktikum in meinem Masterstudiengang gemacht habe, war eigentlich nur Zufall. Denn beworben hatte ich mich ursprünglich bei Mehr Demokratie NRW in Köln.

Doch im Gespräch mit Alexander Trennheuser, dem damaligen Landesgeschäftsführer, brachte er mich auf eine andere Idee: „Versuch es doch mal bei Democracy International. DI teilt sich das Büro mit uns und vielleicht ist dort ja eine Stelle frei.“

Democracy International war damals gerade erst eineinhalb Jahre alt und vieles war noch im Aufbau. Die ersten festen Mitarbeitenden waren eingestellt worden, die Webseite war erst vor kurzem online gegangen und die ersten Kampagnen und Aktionen gingen los. Aber für mich als Praktikant war das genau das Richtige: eine junge, aktive Organisation mit vielen Möglichkeiten, um sich auszuprobieren, und mit vielen spannenden Herausforderungen auf dem Weg des gemeinsamen Erwachsenwerdens.

Seitdem ist viel passiert, wir sind gewachsen, unser Team ist größer und globaler geworden und wir haben neue Ideen und Projekte gestartet. Mehr Demokratie stand dabei von Anfang an eng an unserer Seite.

Unsere enge Verbindung mit Mehr Demokratie zeigt sich also an vielen Dingen - an gemeinsamen Ideen und Zielen, vielen gemeinsamen Projekten und Kampagnen und natürlich an tollen persönlichen Begegnungen und Freundschaften!

Vielen Dank Mehr Demokratie und alles Gute zum 35-jährigen Jubiläum! /



Andreas Müller
Geschäftsführung
Democracy International



Die globale Demokratie als Fleißarbeit

Im Herbst 2008 trafen sich Demokratiefreundinnen und -freunde aus der ganzen Welt erstmals zu einem „Global Forum on Modern Direct Democracy“. Heute, 15 Jahre später, ist aus der bescheidenen Weltkonferenz eine globale Demokratie-Gemeinschaft geworden.

Notizen eines Beteiligten, von Bruno Kaufmann

Das zündende Telefongespräch erreichte mich an einem warmen Augustabend vor zwanzig Jahren: ich saß auf der Veranda meines kleinen Landhauses in Schweden und genoss den Sonnenuntergang, als auf meinem Mobiltelefon eine eingehende Nummer mit dem Prefix „+886“ auftauchte. Noch weniger misstrauisch und skeptisch gegenüber unbekanntem Anrufen aus der Welt, nahm ich den Anruf neugierig entgegen.

„Hello Mister Kaufmann“, erklärte ein Mann mit chinesischem Akzent auf der anderen Seite: „Bitte kommen Sie nach Taiwan!“ Das war neu für mich. Bislang hatte ich mich vornehmlich als aktiver Staatsbürger und Journalist mit der Demokratie in der Schweiz und Europa beschäftigt. Mit dem 2001 gegründeten „Initiative and Referendum Institute Europe“ und tatkräftiger Unterstützung von Mehr Demokratie und anderen Organisationen war es uns 2003 gelungen, im Konvent zur Zukunft der Europäischen Union das erste transnationale Volksrecht, die Europäische Bürgerinitiative (EBI) zu verankern.

Das unbekannt Land im Westpazifik

Jetzt aber kam ein Anruf aus einem Land auf der anderen Seite der Welt, von dem ich nichts wusste und schon gar nicht ahnte, wie wichtig die direkte Demokratie dort in den

kommenden Jahren und Jahrzehnten werden sollte. Wenige Wochen später saß ich gemeinsam mit Kollegen und Kolleginnen aus Deutschland und der Schweiz in einer Boeing 747 auf dem Weg in das unbekannte Land im Westpazifik.

Dort angekommen lernten wir, dass der Inselstaat in der eigenen Verfassung Initiativen und Volksabstimmungen kennt, dafür aber noch keine Verfahrensregelungen hatte. Kein Wunder: Taiwan war bis in die 1980er Jahre eine durch chinesische Nationalisten regierte Militärdiktatur. Im Jahr 2000 gelang mit dem erstmaligen demokratischen Machtwechsel der Sprung nach vorn - und nun sollte es schnell gehen. Der erstmalige Austausch vom Herbst 2003 war nur ein Anfang eines globalen Dialoges zur Demokratieförde-



zung. Im Januar dieses Jahres besuchte ich das unterdessen zum demokratischen Vorzeigestaat gewordenen Land zum 25. Mal.

Aufgaben: Terminologie und Infrastruktur

Wir lernten damals viel über die Bedeutung einer weltweit praktikablen Terminologie der (direkten) Demokratie, aber auch über die Notwendigkeit einer partizipativen Infrastruktur. Wir lernten die neugegründete *Taiwan Foundation for Democracy* kennen und begriffen, dass im Kampf gegen Autokratinnen und Autokraten eine enorme Fleißleistung erforderlich werden würde, um der lange sehr national eingegrenzten Demokratiewerk eine globale Nachhaltigkeit zu verleihen.

So begannen direkt nach unserer Rückkehr aus Taiwan die ersten Anstrengungen für den Aufbau einer globalen Wissensbank zur (direkten) Demokratie und zur Organisation einer ersten Weltkonferenz der Volksrechte, dem „Global Forum on Modern Direct Democracy“. Dafür brauchte

Wir lernten, dass im Kampf gegen Autokratinnen und Autokraten eine enorme Fleißleistung erforderlich werden würde, um der lange sehr national eingegrenzten Demokratiewerk eine globale Nachhaltigkeit zu verleihen.

es fünf Jahre, in denen einerseits eine universale Typologie direktdemokratischer Verfahren entwickelt wurde, andererseits mit Partnerorganisationen die Rahmenbedingungen einer an verschiedenen „Hotspots“ der Demokratiewelt stattfindenden Konferenz vereinbart wurden.

Ein passender Zeitpunkt

Im Herbst vor 15 Jahren war es dann soweit: Online wurde die erste Version des „Navigator to Direct Democracy“ veröffentlicht, der damals gut 250 direktdemokratische Verfahren aus 20 Staaten abdeckte. Vor Ort - in Aarau, der ersten Hauptstadt der Schweiz und zeitgleich mit der Eröffnung des dortigen Zentrums für Demokratie (ZDA) - versammelten sich 2008 gut 150 Teilnehmende aus 30 Staaten zum ersten „Global Forum on Modern Direct Democracy“.

Der Schweizer Politikwissenschaftler Claude Longchamp präsentierte während der Tagung Statistiken, die belegen, dass im weltweiten Überblick erstmals innerhalb der Schweiz weniger nationale Volksabstimmungen im Zehnjahresrückblick stattgefunden haben, als außerhalb des Landes: „Das ist ein passender Zeitpunkt, diese Weltkonferenz der Volksrechte zu eröffnen“, betonte Long-



RESSOURCEN DES GLOBAL FORUM

2023globalforum.com

democracy.community

direct-democracy-navigator.com

democracy.city

democracypassport.online

champ. Und auf diese Premiere in der Schweiz folgten seither zehn weitere Ausgaben der Weltkonferenz - in Seoul/Korea (2009), San Francisco/USA (2010), Montevideo/Uruguay (2012), Tunis/Tunesien (2015), Donostia/Baskenland (2016), Rom/Italien (2018), Taichung/Taiwan (2019), Luzern/Schweiz (2022) und Mexiko-Stadt/Mexiko (2023).

In all diesen Jahren beteiligten sich immer mehr Akteurinnen und Akteure aus der ganzen Welt am Austausch und Aufbau einer Gemeinschaft für die Demokratie in der Welt. Eine faszinierende und ermutigende Entwicklung. Vor allem aber ein sehr notwendiger Prozess, denn gleichzeitig ist es autokratischen Kräften in vielen Gesellschaften gelungen, ihre Stellung zu stärken - auch durch Wahlen, wie etwa kürzlich in der Türkei, wo Amtsinhaber Recep Tayyip Erdoğan seinen knappen Sieg in der Stichwahl vom 28. Mai als „Sieg der Demokratie“ bezeichnete - und damit einmal mehr deutlich machte, dass Demokratie nicht alleine durch Wahlen realisiert werden kann. Es braucht dafür zusätzlich einen ständigen Dialog und Abstimmungen mit allen Beteiligten, so wie das beispielsweise in der Verfassung Taiwans (und auch Deutschlands) schon lange vorgesehen ist. /



Bruno Kaufmann

ist Journalist und Politikwissenschaftler. Er gehört zu den Mitbegründenden des „Global Forum on Modern Direct Democracy“ und ist Stiftungsrat der *Schweizer Demokratie Stiftung*. Er lebt in Schweden.

MITGLIEDER IM GESPRÄCH

Laut Sinus-Jugendstudie von 2020 klagen deutsche Jugendliche über zu wenig Teilhabe und Repräsentation. Wie sieht es innerhalb von Mehr Demokratie aus? Welche Wünsche, Themen und Erfahrungen haben die unterschiedlichen Generationen? Zeit, miteinander ins Gespräch zu kommen!



Junges Mitglied trifft altes Mitglied

Ralph Kampwirth im Gespräch mit Daniel Fröschl

Dieter Halbach: Für die 35-Jahre Ausgabe möchten wir mit Euch ein Generationen-Gespräch führen. Du, Daniel, bist 2020 Mitglied geworden und Du, Ralph, 1993. Wir haben euch eingeladen für einen Dialog, um zu schauen, welche unterschiedlichen Perspektiven ihr mitbringt. Ich möchte bei Ralph anfangen: In welcher gesellschaftlichen Situation bist Du Mitglied geworden? Was war Dein Motiv?

Ralph Kampwirth: Ich kam von der Universität Marburg, habe da Politik studiert. Ich war sehr enttäuscht von der politischen Haltung vieler Studierender. Ich dachte, wir verändern die Welt. Aber mit so einer Haltung „Wir sind die Elite und das Volk ist dumm!“ geht es nicht. Und dann kam ein Glücksfall, Andreas Gross kam als Dozent an die Uni. Er ist sowohl Politiker wie auch Wissenschaftler und ein Vordenker der direkten Demokratie in der Schweiz und hat selbst interessante Volksbegehren initiiert. Er sprach auch darüber: Wie trägt eine direkte Demokratie dazu bei, die gesellschaftliche Debatte zu verbessern? Ich war sofort Feuer und Flamme, weil das für mich die Antwort auf diese elitären Ideen war.

1993 hatte dann ein Freund von mir Kontakt zur IDEE-Initiative in Bonn aufgenommen. Da gab es zwei sehr rührige Menschen, Thomas Mayer und Michael Seipel, die das Büro gemacht haben. Die hatten bereits einige Kampagnen organisiert, aber es ging politisch nicht weiter. Da hatten sie die Idee: „Wir gehen nach Bayern!“ In Bayern gibt es zwar ein schlechtes, aber immer noch das beste Instrument der direkten Demokratie auf Landesebene. Dort machen wir eine Volksabstimmung, um die Regeln für Volksabstimmungen zu verbessern. Und diese Idee fand ich intuitiv überzeugend. So bin ich damals als Praktikant in das legendäre Kellerbüro gekommen. Dann habe ich angefangen, die Zeitschrift zu machen und ab 1997 auch die bundesweite Pressearbeit. Ich war lange im Vorstand und bis Ende 2003 bei Mehr Demokratie angestellt.

Das war ein riesiges Lernfeld für mich und eine tolle Zeit. Die Diskussionskultur war großartig. Von all meinen beruflichen Stationen habe ich da wohl am meisten gelernt, weil wir alles, vom Computernetzwerk bis zur Lobbyarbeit, selber gemacht haben. Es war ein großartiges Gefühl, wenn man weiß, man kriegt das als Team schon hin.

Dieter: Wir schwenken einmal von Deinem reichen Erfahrungsschatz hinüber zu Daniel. Es ist ja erst drei Jahre her, dass Du Mitglied geworden bist. Mit 17 Jahren, glaube ich.

Daniel Fröschl: Ja, und es ist für mich sehr interessant einem Mitglied der ersten Stunde zuzuhören. Ich glaube, dass sich in den letzten 30 Jahren nicht nur im Verein, sondern auch in der Gesellschaft recht viel verändert hat. Meinen ersten Kontakt zu Mehr Demokratie hatte ich mit 16 Jahren. Da habe ich in München bei der Regionalkonferenz zum Bürgerrat „Deutschlands Rolle in der Welt“ teilgenommen. Das war eine inspirierende Erfahrung, weil bei der Konferenz die unterschiedlichsten Menschen teilgenommen haben und gemeinsam mit Politikerinnen und Politikern über Demokratie und Bürgerbeteiligung gesprochen haben. Fast auf den Tag genau ein Jahr später bin ich dann auch in den Verein eingetreten. Mir war dabei wichtig, dass es eine parteiunabhängige Organisation ist. Ich bin parteilich in der CSU engagiert und da finde ich es wichtig, wenn man sich auch mal anderen Meinungen aussetzt.

Dieter: Höre ich das richtig, dass Dich, ähnlich wie damals bei Ralph, die Vielfalt überzeugt hat? Ich glaube, ich habe eine Gemeinsamkeit zwischen euch feststellen können. Daniel hat den ersten Preis von „Jugend debattiert“ gewonnen und ist seitdem selbst als Juror tätig. Und Du, Ralph, hast dich unter anderem bei den Kommunikationslotsen fortgebildet. Also kann es sein, dass bei euch beiden kommunikative Kompetenz ein wichtiger Punkt ist?

Daniel: Ja, auf jeden Fall. „Jugend debattiert“ findet immer in zwei Gruppen statt, die jeweils eine pro- und eine contra-Seite zu einem aktuellen und gesellschaftlich relevanten Thema vertreten. Wer aber welche Seite einnehmen soll, das wird erst zehn Minuten vor Beginn der Debatte zugelost. Also ist man gezwungen, sich in der Vorbereitung mit beiden Seiten zu befassen und im Zweifel auch mal gegen die eigene Meinung zu argumentieren.

Ralph: Das klingt gut. Auch bei mir war immer klar, dass der Kern von Demokratie das gute Gespräch sein muss, dass man die Menschen integrieren muss. Alles Elitäre geht mir auf den Geist. Für mich war dieser Diskurs-Ansatz auch beim Volksentscheid immer das Wichtige. Du machst diese Volksentscheide eigentlich, weil du damit alle zur Auseinandersetzung zwingst. Auch Bürgerräte sind Orte, die dazu einladen, Andersdenkenden zuzuhören. In den letzten Jahren habe ich mich viel mit Organisationsentwicklung beschäftigt. Auch in Unternehmen geht es darum, gelingende Kommunikation zu ermöglichen, viele Perspektiven zu integrieren, Potenziale zu entfalten. Das ist, glaube ich, eine ganz wichtige Kompetenz, auch, um mit der ganzen Komplexität in unserer Welt überhaupt zurande zu kommen. Wenn man da nach Eindeutigkeit sucht, ist man total verloren.

Dieter: Ich komme aus der frühen Umweltbewegung. Ein großes Ziel war damals, dass sich durch die Dezentralität der Energiegewinnung auch die Gesellschaft dezent-

ral organisieren kann. Jetzt bist Du in dem größten Ökostromanbieter Lichtblick für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig und kommst aus diesem Demokratie-Kontext. Wie schaust Du da drauf?

Ralph: Klar ist, wir sind ein kapitalistisches Unternehmen, das Gewinn machen will - aber eben mit nachhaltigen Produkten. Die Idee der Dezentralisierung der Energiewirtschaft ist für mich ein wesentlicher Baustein, weil das nachhaltiger ist als die zentralen Systeme. Ein wesentlicher Strang, den wir betreiben, ist der Ausbau von Photovoltaik, von lokalen Batterien und Elektromobilität. Wir reden viel darüber, wie wir die erneuerbaren Energien, die vom Wetter abhängig sind, stabil verfügbar machen können. Und da spielt die Dezentralisierung eine große Rolle. Die Politik tut sich allerdings schwer, an ein dezentrales Energiesystem zu glauben, ähnlich wie sie sich schwertut, an Volksentscheide zu glauben. Ein dezentrales Energiesystem, wo Menschen auch an den Finanzströmen partizipieren, hätte einen emanzipatorischen Effekt und bewirkt eine deutliche Umverteilung in der Gesellschaft.

Ein weiterer Effekt betrifft sogenannte Entwicklungsländer. Die brauchen gar keine Kohle und Gaskraftwerke mehr, geschweige denn Atomkraftwerke, sondern die können direkt zu Solar gehen, was eben dezentral sehr gut funktioniert. Die vermutlich beste Entwicklungshilfe, die wir als Deutsche bisher gemacht haben, ist die Förderung der Erneuerbaren. Ich glaube daher, dass wir ein Geschäftsmo-



Ralph Kampwirth

Geboren 1968, eingetreten 1993. Politologe, 1997-2003 Leiter Öffentlichkeitsarbeit bei Mehr Demokratie, 2004-2009 Pressesprecher beim WWF. Seit 2009 Direktor für Kommunikation und Politik beim Ökostromanbieter LichtBlick.
www.lichtblick.de

Daniel Fröschl

Geboren 2003, Mitglied seit 2020. Student der Volkswirtschaftslehre. Kommunalpolitisches Engagement für die CSU. Stipendiat der Hanns-Seidel-Stiftung.
www.hss.de



dell gebaut haben, wo wir Geld verdienen, das aber auch der Gesellschaft hilft.

Daniel: Aber es gibt eben auch den Machtmissbrauch, den man manchmal vielleicht der Lobbyarbeit einzelner Unternehmen unterstellen kann, wo es dann mitunter schon Richtung Erpressung der Politik gehen könnte. Das ist ein ganz schmaler Grat zwischen ehrbarer Interessenvertretung und teilweiser Nötigung.

Ralph: Deswegen bin ich auch ein großer Fan von Transparenz. Was mich interessiert Daniel, Du bist jetzt seit drei Jahren dabei. Was erhoffst du dir von Mehr Demokratie?

Daniel: Ich habe den Eindruck, dass sich immer mehr Menschen von der Demokratie distanzieren. Sie haben das Gefühl, dass zu viel über die Menschen hinweg entschieden wird. Mehr Demokratie als Verein ist eine gute Möglichkeit, Menschen zu zeigen, dass sie sich immer noch für ihre Interessen einsetzen können. Wir leben immer noch in einer Demokratie und es lohnt sich, für ihre Verbesserung zu kämpfen.

Ralph: Ich glaube, Mehr Demokratie macht dann einen guten Job, wenn unsere Arbeit darin mündet, dass möglichst viele Menschen biografisch eine positive Erfahrung in Gestaltung von Politik machen. Menschen, die Bürgerbegehren mitgemacht haben - am besten regelmäßig - sind oft politisch selbstbewusster, selbst wenn sie verloren haben. Denn sie haben gesehen: Ich kann mich beteiligen! Sie stehen dann völlig anders im politischen Leben. Deswegen fin-

de ich auch die Bürgerräte so gut, denn dann hast du Multiplikatoren, die erlebt haben, dass sie gehört wurden. Es ist ja ein zutiefst menschliches Bedürfnis, gehört zu werden. Genau so ist es bei einem Volksbegehren und Bürgerentscheid. Ich glaube, was generell hilft, ist die große Offenheit, die Mehr Demokratie immer ausgestrahlt hat. So, wie es damals auf der Regionalkonferenz auch Daniel erlebt hat.

Daniel: Einfach die Bereitschaft, sich auf andere Meinungen einzulassen. Man muss die Meinung ja nicht teilen. Aber man sollte sich mal aus der eigenen Blase und Komfortzone herausbegeben.

Ralph: Am Anfang war es bei Mehr Demokratie schon eher so ein links-grünes Klientel und ein bisschen auch die anthroposophische Richtung. Aber wir haben es hinbekommen, offen zu sein für andere. Wir hatten wirklich ein echtes Interesse an anderen Menschen. Mehr Demokratie sollte nie mit dem erhobenen Zeigefinger rumlaufen. Und wichtig ist auch das Interesse, dazulernen zu wollen. Als ich schon einige Jahre bei Mehr Demokratie war, habe ich meine Diplomarbeit über Diskurse während Volksentscheidskampagnen geschrieben. Dafür habe ich sehr viel kritische Literatur gelesen. Und es gab einen Punkt, wo ich zweifelte und Volksentscheide in Frage stellte. Das war eine gute Schule für mich, denn danach war ich noch überzeugter.

Dieter: Jetzt gehen wir bei Mehr Demokratie gerade sehr stark mit dem Trend zu Bürgerräten und arbeiten als Dienstleister, auch für den Bundestag. Wie steht ihr dazu? ►

Ralph: Also für mich wäre ideal: Die Bürgerräte machen einen Vorschlag und ein Volksentscheid kann darüber abstimmen. Das hätte, glaube ich, eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Aber was ich auch manchmal in letzter Zeit gedacht habe: Mehr Demokratie sollte aufpassen, nicht so ein Gemischtwarenladen zu werden. Ich fand die Stärke auch immer die Klarheit und die Einfachheit.

Einer der Gründer, Thomas Mayer, hat es sinngemäß immer so gesagt: „Wir müssen das viel größer denken. Es ist nicht so entscheidend, ob wir ein Jahrzehnt oder länger brauchen. Es ist, wie es ist. Wir müssen einfach immer weiter machen.“

Es gab einen für mich wunderbaren Punkt in der Geschichte von Mehr Demokratie. Das war nach dem erfolgreichen Volksentscheid in Bayern 1995, dem bis dahin größten Erfolg von Mehr Demokratie. Thomas hat dann vorgeschlagen: „Komm, wir lösen den ganzen Laden jetzt auf!“ Wir haben es nicht gemacht. Aber diese Freiheit im Umgang mit den Dingen und dieses Große im Denken, das ist für mich total wichtig. Was ist gerade für die Idee förderlich?

Daniel: Ja, ich glaube auch, die Rolle von Mehr Demokratie ist ein konzeptionelles Vordenken. Zeigen, wie eine verbesserte Bürgerbeteiligung geht. Und die Vorschläge aus der

Ich habe den Eindruck, dass sich immer mehr Menschen von der Demokratie distanzieren. Mehr Demokratie als Verein ist eine gute Möglichkeit, Menschen zu zeigen, dass sie sich immer noch für ihre Interessen einsetzen können

Daniel Fröschl

Bürgerschaft dann zur Abstimmung in Volksentscheide oder ähnlichem zu geben. Das hat dann eine doppelte Legitimation.

Zum Abschluss, vielleicht als positive Anregung, eine Beobachtung von mir, wie Engagement in Vielfalt wirksam

Mehr Demokratie macht dann einen guten Job, wenn unsere Arbeit darin mündet, dass möglichst viele Menschen biografisch eine positive Erfahrung in Gestaltung von Politik machen. Menschen, die Bürgerbegehren mitgemacht haben – am besten regelmäßig – sind oft politisch selbstbewusster, selbst wenn sie verloren haben. Denn sie haben gesehen: Ich kann mich beteiligen!

Ralph Kampwirth

sein kann. Ich bin vor ein paar Jahren in die Münchner Bürgerbegehren-Szene eingetaucht. Und ich stelle immer wieder fest, dass ich da viele bekannte Gesichter sehe. Egal, ob es da um Grünflächen geht oder um irgendwelche Bauprojekte. Das sind häufig die gleichen Leute, aber sie kommen aus allen möglichen unterschiedlichen politischen Richtungen. Da entsteht ein Zusammenhalt, weil man sich für das Leben in der Stadt einsetzt. Es fasziniert mich, wenn ich sehe, aus welchen Ecken man sich immer und immer wieder trifft, um gemeinsam über Bürgerbeteiligung zu sprechen.

Ralph: Das ist eine tolle Beobachtung.

Daniel: Also, ich fand es schön, dass wir jetzt dieses Konzept „alt mit jung“ hatten. Oft werden Generationen gegeneinander ausgespielt. Junge Leute haben das Gefühl, ignoriert und „Ältere“ das Gefühl, überfordert zu werden oder nicht richtig repräsentiert zu sein. Wenn wir wirklich Bürgerbeteiligung erreichen wollen, sollten wir lernen, miteinander über Generationen hinweg zusammenzuarbeiten. Und deswegen finde ich das so passend, dass wir hier heute mit fast drei Generationen vertreten sind.

Dieter: Das ist ein gutes Schlusswort, finde ich. Ich danke Euch.



Prof. Dr. Herrmann Heußner

lehrt an der Hochschule Osnabrück öffentliches Recht und Recht der sozialen Arbeit und ist Mitglied im Kuratorium von Mehr Demokratie



Lukas Kiepe

Politikwissenschaftler aus Kassel

Ich bin Ende der 1980er Jahre Mitglied bei Mehr Demokratie geworden, weil ich seit meiner Schüler- und Studentenzeit ein begeisterter Anhänger direkter Demokratie bin. Als deutscher und Schweizer Doppelbürger kann ich verfolgen, welchen großen Unterschied es macht, ob die Demokratie nur rein repräsentativ oder halbdirekt ausgestaltet ist.

In den zwei bis drei Jahrzehnten seit Gründung von MD konnten sich Volksgesetzgebungen in allen Bundesländern und Kommunen durchsetzen. Das war ein großartiger Erfolg, den MD erkämpft hat.

Den Durchbruch auf Bundesebene haben wir aber nicht geschafft. Seit dem Aufkommen der AfD, die versucht, direkte Demokratie rechtspopulistisch zu „kapern“, und dem Brexit, der ein „von oben“ durchgeführtes demagogisches Plebiszit, aber keine direkte Demokratie darstellt, haben viele Bürgerinnen und Bürger, aber auch Politikerinnen und Politiker Angst vor Volksentscheiden. Direkte Demokratie ist für viele Menschen nicht mehr „sexy“. Dagegen zu kämpfen ist unsere Hauptaufgabe.

Das große Zukunftsproblem von MD scheint mir die Überalterung zu sein. In Veranstaltungen, zu denen häufig nur sehr wenige kommen, und in Zoom-Treffen, ist das Durchschnittsalter bestimmt weit über 60 Jahre, wahrscheinlich über 70. Das muss sich ändern. Wir brauchen eine Kampagne: Jedes Mitglied wirbt ein Mitglied, das jünger als 40 Jahre ist! Ich habe heute den Anfang gemacht: Das neue Mitglied ist 31 Jahre alt.

Seit fünf Jahren forsche und lehre ich an der Universität zum politischen System Deutschlands und habe schnell gemerkt, dass die hiesige Politikwissenschaft der direkten Demokratie reserviert gegenübersteht. 2021 habe ich ein Seminar zum Thema gegeben, um mich intensiver mit den Vor- und Nachteilen direkter Demokratie zu beschäftigen. Dabei habe ich festgestellt, dass ein Großteil der Kritik empiriefreie Glaubenssätze sind. Die direkte Demokratie ersetzt nicht, sondern ergänzt unsere repräsentative Demokratie. Gut gemachte Verfahrensregeln und regelmäßige Praxis erhöhen die Demokratiezufriedenheit. Unsere Demokratie hat es nötig. Mit meinem Beitritt möchte ich mehr direkte Demokratie wagen und unterstützen.



MEHR DEMOKRATIE HAT JETZT EIN ALUMNI-NETZWERK!

Bei unserer Arbeit werden wir zunehmend von Praktikantinnen und Praktikanten unterstützt. Sie erhalten im Gegenzug umfassende Einblicke ins politische Geschehen sowie die Arbeit eines Demokratie-Fachverbands. Allein 2022 absolvierten rund fünfzehn junge Menschen ein Praktikum bei Mehr Demokratie. Daraus hat sich 2023 das Alumni-Netzwerk gebildet, um im Austausch zu bleiben. An Nachwuchs mangelt es nicht, gleich fünf junge Menschen haben im Juni ihr Praktikum bei Mehr Demokratie begonnen.

Kontakt: alumni@mehr-demokratie.de

BLICK AUS DER ZUKUNFT

Gegen Ende des Magazins möchten wir in die Zukunft blicken. Es geht dabei nicht einfach darum, eine schöne Vision zu entwerfen, sondern sich vorzustellen, was der Wendepunkt, was der Schlüssel für diese gewünschte Zukunft war. In der Zukunftsforschung nennt man das Regnose im Unterschied zur Prognose.

„Bei der Regnose geht es um Wandel durch Bewusstsein. Regnose bedeutet, geistig ins Morgen zu springen und uns ‚rückwärts‘ zu fragen, wie wir dort hingekommen sind - und was sich ändern musste und konnte auf dem Weg dorthin. Wir verstehen, dass die Zukunft nicht ‚auf uns zukommt‘, sondern, dass wir sie durch unsere inneren Einstellungen, Handlungen und Entscheidungen

selbst formen. Durch die Regnose treten wir in eine produktive Beziehung zur Zukunft.“

Es geht bei diesem Perspektivwechsel darum, über ein vertieftes Verständnis von Wirksamkeit zu reflektieren. Wie geschehen Veränderungen? Gab es wichtige Begegnungen und ein Aufweichen von Gräben? Eine andere gesellschaftliche Situation? Oder hat sich etwas in der eigenen Sichtweise und inneren Haltung verändert?

Zu diesem Perspektivwechsel habe ich unsere Bundesvorstandssprecher Ralf-Uwe Beck und Claudine Nierth eingeladen. Daniel Schily, Gründungsmitglied von MD und Vorstand von *Democracy International*, nimmt dabei die globale Perspektive ein.





Wo steht der bundesweite Volksentscheid in fünf Jahren?

von Ralf-Uwe Beck

In fünf Jahren wird der Druck, den bundesweiten Volksentscheid einzuführen, zunehmen - ausgehend von der Zivilgesellschaft. Dieser Druck wird sich um die Schicksalsfragen ranken, die in fünf Jahren zugespitzter sein werden als derzeit.

Beispiel 1: Klimakrise. Die Ziele und Pläne, die gemacht werden, sind geduldig. Die Maßnahmen, um sie einzulösen, werden strittig sein. Über diese Schwelle werden wir nur mit den Bürgerinnen und Bürgern kommen. Schon weil es nicht ohne Einschnitte in unseren Wohlstand, in unseren Lebensstil ablaufen wird. Wie überwinden wir die Widerstände? Wie kann die Politik dazu gebracht werden, nicht nur das Machbare, sondern auch das Notwendige anzugehen? Wie vermeiden wir, dass parteipolitische Süppchen auf den Rücken der Bürgerinnen und Bürger gekocht werden und das Klima dabei weiter angeheizt wird?

Mit Bürgerräten wird ausgelotet, wozu die Menschen bereit wären, wenn sie mitentscheiden könnten, was sie mittragen, wonach sie verlangen würden. Aber die Klimaschutzbewegung wird auch enttäuscht sein über die politischen Wirkungen, die Bürgerräte nach sich ziehen. Die Euphorie, hauptsächlich mit Bürgerräten zu einem wirklich wirksamen Klimaschutz zu finden, wird sich auflösen. Die Klimaschutzbewegung wird sich die Forderung nach verbindlichen Mitbestimmungsrechten zu eigen machen.

Beispiel 2: Sozialkrise. Die Sozialverbände und Gewerkschaften werden mit Volksbegehren gegen die weiter aufgehende Schere von Arm und Reich arbeiten. Mehr Demokratie

wird dabei helfen und die Vorstellung schärfen, was die Zivilgesellschaft erreichen kann, wenn sie gemeinsam und strategisch abgestimmt agiert und nicht nur Stellungnahmen in Anhörungsverfahren einbringt, die bei Abwägungen kaum eine Rolle spielen. Die Zivilgesellschaft wird selbst Gesetze schreiben und sie durchtragen bis zu Abstimmungen. Verbände und Gewerkschaften werden Referentinnen und Referenten anstellen, die spezialisiert sind auf die direkte Demokratie, so wie dies NGOs in den USA schon seit Jahrzehnten machen.

Der Wendepunkt

Die Zivilgesellschaft wird bald merken, dass die Länderebene nicht genügt, dass es nur logisch und konsequent ist, die Dinge auf diese Weise auch auf Bundesebene zu bewegen. So werden wir ein Bündnis für die Forderung nach dem bundesweiten Volksentscheid erleben, das nicht nur von ein paar Logos unter einem Aufruf lebt. Es engagieren sich einfach immer mehr Organisationen, die nicht mehr nur um Passagen in einem Koalitionsvertrag kämpfen, sondern endlich direkt gestalten wollen. Die Chance, die sich mit der direkten Demokratie in den Ländern bietet, wird bewusster sein, sie wird genutzt werden - und die Forderung nach dem bundesweiten Volksentscheid wird lauter werden, sicherer, selbstbewusster. Wir von Mehr Demokratie werden zu Treffen der Zivilgesellschaft einladen, wir werden die Erfahrungen mit der direkten Demokratie in den Ländern aufbereiten und an der Ausgestaltung des bundesweiten Volksentscheids arbeiten. Wir werden die Forderung nach dem bundesweiten Volksentscheid im Aufwind erleben. So oder so ähnlich. Oder auch ganz anders./

Vision für eine internationale demokratische Ordnung

Daniel Schily von Democracy International

Ich glaube, dass die Staaten der Europäischen Union, aber auch viele andere Demokratien, noch halb reife Äpfel sind. Und ich glaube, dass die Reifung dann passieren wird, wenn die Bürgerinnen und Bürger ihren Demokratie-Muskel beständig anspannen dürfen. Aus Demokratie-Abstinenz entsteht sonst Demokratie-Skepsis und daraus Demokratie-Versagen.

Europa wäre dazu ein tolles Modell mit einer Abstufung der politischen Ebenen. Also eine parlamentarische Demokratie mit repräsentativen Eigenschaften, aber auch Volksentscheiden, Bürgerräten und auf allen Ebenen möglichst partizipativ. In diesem Europa haben wir Nationalstaaten, die eben auch ihre eigenen Beteiligungsgesetze haben.

Das wäre das Ideal, dass wir in Frieden und Freiheit als Staatengemeinschaft zusammenleben unter gemeinsamen Rechtsbedingungen.

Wir streiten als *Democracy international* auch für die Weltbürgerinitiative. Und ich bin auch für den weltweiten Bürgerentscheid, weil ich glaube, dass die Menschheit durch die technologischen Erfindungen diese Möglichkeit hat. Aber ich bin gegen den Weltstaat. Es ist eine anspruchsvolle Frage: Wie erreichen wir, dass einzelne Bürgerinnen und Bürger in ihrer Nachbarschaft, in ihrer Gemeinde, in ihrem Bundesland, in ihrer Nation, in ihrem Europa und als Weltbürgerinnen und Weltbürger immer drinstecken? Wie kann also das Individuum in eine demokratische Weltorganisation eingebracht werden?

Ich bin ein Anhänger der UN, so schwierig das auch ist. Ich bin auch für die EU, aber ich bin nicht der Meinung, dass jedes einzelne Land für eine gemeinsame Entscheidungsfindung immer zustimmen muss. Diese Konsens-Konstellationen muss man wirklich durchdenken. Geht man von dem Fall aus, dass man selber derjenige ist, der mit dem Rücken an der Wand steht und sich mit einem Veto wehren kann, dann fühlt sich das gut an. Was man dabei aber übersieht ist, dass man mit Vetorechten in vielen Fällen nicht mehr gemeinsam gestalten kann. Das ist jetzt im Ukrainekrieg mit der Blockade von China und Russland im Sicherheitsrat

klar zu sehen. Sie werden jetzt zu Recht als die „Bad Boys“ angesehen. Aber Amerika will natürlich seine Vetomacht auch nicht aufgeben. Diese gegenseitige Blockade im Welt-sicherheitsrat darf so nicht mehr sein. Man müsste einen Aufstand der Demokratien dagegen planen und eine Art Neugründung organisieren.

Die innere Logik von Veränderung

Bei *Democracy international* haben wir drei Säulen ausgemacht, die uns diesem Ziel des zivilisatorischen Zusammenwirkens näherbringen können: Lernen, Helfen und Entwickeln.

Die erste Säule ist Lernen und Austausch. Da die Demokratie in den einzelnen Ländern unterschiedlich ausgeprägt ist, gibt es nicht die eine perfekte Form der Demokratie. Also sollten wir voneinander lernen. In der Schweiz und in Irland und anderen Ländern gibt es Volksentscheide. Ja gut, die sind ja ganz anders, heißt es dann. Und wir sagen, der allererste Schritt ist, dass wir darüber überhaupt in den Austausch kommen. Wir haben schon positive Erfahrungen machen können, wenn wir beispielsweise mit kleinen Gruppen von Politikerinnen und Politikern in die Schweiz gefahren sind. Die Schweizerinnen und Schweizer stimmen jedes Vierteljahr über wesentliche Fragen ihres Landes ab. Da gibt es viel mehr Wahlen, als wir haben. Die wählen sogar ihre Schulleitungen.

Die zweite Säule besagt, sich gegenseitig zu unterstützen.

Durch unsere grenzübergreifende Arbeit fällt es *Democracy international* leicht, Aktivistinnen und Aktivisten weltweit zu vernetzen. Jetzt gerade waren wir wieder in Mexiko, da haben wir der dortigen Wahlbehörde mit einem großen Kongress gegen ihre eigene Abschaffung durch den Präsidenten geholfen. Wir haben diesen Kongress gemacht und haben Wahlbehörden aus der ganzen Welt eingeladen.

Und die dritte Säule nennen wir das Entwickeln. Das bezieht sich vor allen Dingen auf die transnationale Ebene. Die Abgabe politischer Macht an die EU oder andere inter-

nationale Organisationen bedeutet, dass die Demokratie auch auf höherer Ebene mitziehen muss. Wie können wir zum Beispiel die UN demokratisieren oder die Welthandelsorganisation?

Wenn wir den Gedanken des gemeinsamen Entwickelns global denken, dann stellt sich uns die Aufgabe, einen Aufstand der Demokratien gegen die Nachkriegsordnung des zweiten Weltkrieges in der UNO zu betreiben. Wenn ich aus dem Jahr 2030 schaue und mich frage, wie uns das gelungen ist, denke ich: Wir werden den alten Sicherheitsrat mit seinem anachronistischen Vetoprinzip stürzen und durch ein demokratisches Gremium ersetzen. Die von *Democracy International* 2019 gestartete Weltbürgerinitiative war dafür rückblickend ein wichtiger vertrauensbildender Schritt. International wurde die Forderung nach einer UN-Weltbürgerinitiative in den folgenden Jahren von immer mehr zivilgesellschaftlichen Netzwerken getragen, dem schlossen sich dann erste Regierungen an und auch die Bundesregierung folgte diesem Ruf. Detlef Dzembitzki, der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, warb mit den Worten: „Eine Weltbürgerinitiative hat Charme: Die Zivilgesellschaft kann sich über die Kontinente hinaus einbringen und unsere gemeinsame globale Verantwortung deutlich machen ... Schon die Charta der Vereinten

Nationen spricht nicht von den Regierungen, sondern von den Völkern der Welt.“ Das Schöne ist: Solche Beispiele machen einen zuversichtlich. Menschen werden damit in die Logik des Demokratiebegriffs hineingezogen. Wir sehen dann auch, wie Politikerinnen und Politiker letztlich weich werden, wenn auch manchmal unwillig. Es hat etwas fast Zwingendes an sich.

Es gibt dann noch kein Paradies. Aber wir können auf den Boden der Demokratie kommen. Wir sind ja schon längst drin in der Inter-Staatlichkeit und haben handfeste Fragen weltweit zu lösen. Was könnte es klarer ausdrücken als dieser Wahnsinnkrieg, der jetzt gerade inmitten Europas tobt? Wir sind quasi verurteilt zu Freiheit und Demokratie, wenn wir die globalen Probleme miteinander lösen wollen. /



www.worldcitizensinitiative.org



Eine Demokratie der Zuneigung

von Claudine Nierth

In zehn Jahren ist es uns vielleicht gelungen, das Vertrauen in die Demokratie zu stärken. Und für mich bedeutet das vor allem, dass die Bürgerschaft, jede und jeder sich selbst mehr vertraut. Je weniger wir uns und anderen Menschen demokratisch zutrauen, desto mehr agieren wir in Angst. Wir hören dann Sätze wie: „Demokratie? Ja schon, aber nur, wenn die anderen vernünftig entscheiden.“ Das Vertrauen in die Gesellschaft an sich, in jeden einzelnen Menschen, in uns selbst, ist die demokratische Grundlage, auf die wir bauen. Immer wenn wir glauben, dass es nur die Besten der Besten für uns alle besser wüssten, zweifeln wir im Grunde an der Demokratie. Qualität generieren wir aber durch Vielfalt. Je vielfältiger die Menschen sind, die in die politischen Entscheidungen und demokratischen Prozesse eingebunden sind, desto mehr Kompetenz kann einfließen und die Lösungsfindungen qualitativ verbessern. Bürgerräte als Versammlungen der Vielfalt werden sich etablieren, wenn sie die politische Willensbildung wirklich bereichern und die Politik die Empfehlungen gerne aufgreift und ernst nimmt. Je mehr wir erleben, dass demokratische Prozesse dem Gemeinwohl dienen, desto mehr werden wir uns nach mehr Demokratie sehnen. Bürgerräte gewinnen ihre Stärke einerseits durch das Losverfahren und andererseits durch ihre besondere Art des Dialogs. Beim Auslosen entscheidet der Zufall, wer mit wem spricht. Und das Gespräch, bei dem gehört werden und Zuhören im Vordergrund stehen, eröffnet die Vielfalt der Perspektiven. Das ermöglicht dann die Sicht auf das Wohl aller. Tatsächlich verändern sich die Gesprächskultur, unsere Gedanken und unsere Meinungen, wenn wir mehr auf das Hinhören achten als auf das Kommentieren und Argumentieren.

Ganz konkret: Bürgerräte haben das Zeug, die Schwächen unserer heutigen politischen Kultur offenzulegen. Vielleicht sind sie deshalb noch so befremdlich. Sie passen

erst einmal gar nicht so richtig rein. Jene, die sie bei ihrer Arbeit unterstützen sollen, wie die Parlamente, halten sie nicht für notwendig. Und jene, die sich mit ihnen der Politik direkt zuwenden können, die Bürgerinnen und Bürger, misstrauen ihnen. Aber das macht nichts: Reformen beginnen immer mit Skepsis. Damit sich Vielfalt und Multiperspektivität nicht im Chaos oder Beliebigen verlieren, steht im Zentrum immer ein konkretes Thema, das uns alle betrifft. Was alle Perspektiven eint, ist die gemeinsame Antwort auf eine Frage, ist der Fokus auf die Lösung, die für alle tragbar ist. Dadurch richtet sich die Vielfalt auf ein Zentrum. Einzelne kommen nicht und sagen: „Ich sage mal allen, wo es langgeht.“ Nach dem Motto: Einer macht die Aussage und alle anderen folgen. Klappt ja eh nicht. Zweimal im Jahr einen Bürgerrat auf Landes- und Bundesebene, auch immer wieder kleine Bürgerräte in der eigenen Gemeinde oder Stadt, können Wunder bewirken: Begegnungen! Hier und da gepaart mit Bürger- oder Volksentscheiden können sie unsere Parlamente, die wir ja nur alle paar Jahre wählen, bereichern und wirklich unterstützen. Talkshows werden neue Formate erfinden, die uns alle einbeziehen. Und junge Menschen werden in die Kommunalparlamente drängen, einfach weil sie erleben: Da geht was!

Kooperation statt Konkurrenz

Heute erleben wir eine zunehmende gegenseitige Ablehnung der Menschen untereinander. Mag sein, dass das ein Grund ist, warum es Demokratien derzeit schwer haben. Die Bereitschaft, einander zu akzeptieren, sinkt. Das Aushalten anderer Meinungen außer der eigenen fällt schwerer. Und jede und jeder weiß es im Zweifel immer besser. Wir wissen vom Sofa aus besser Fußball zu spielen und Politik zu machen, nur - uns fragt ja keiner!

Wenn ich jedoch aus der Zukunft auf unsere Entwicklung schaue, wenn ich mich frage, was der Schlüssel war für eine

positive Entwicklung, dann sehe ich: Einander ergänzen, anstatt zu konkurrieren, das ist die Zauberformel!

Zukünftig sind im Schulterschluss mit allen Menschen die Belange zu lösen, die uns alle angehen. Die Welt wird jenen gehören, die in der Lage sein werden, eine Weltgemeinschaft zu bilden, in der eine Vielfalt von Partnerinnen und Partnern national und international an einen Tisch sitzt. Jeder Beitrag zählt. Jeder Beitrag ist wichtig und willkommen. Nicht das Trennende bestimmt die Verhandlungen, sondern das Verbindende jenseits aller Grenzen. Die Veränderungen des Planeten werden uns dazu bringen, uns als Gesamtheit zu erleben. Es gibt nur eine Menschheit, deren Füße die Erde trägt. Gemeinschaft ist der Schlüssel, der uns in der Vielfalt eint. Sich zu verbinden wird unser Leben sichern, nicht, sich abzugrenzen. Wir werden in eine Demokratie der Zuneigung hineinwachsen, in der wir nicht mehr gegeneinander kämpfen, sondern gemeinsam Erfahrungen des Gelingens machen. Wir leben dann in einer Demokratie, in der wir uns an den Gemeinsamkeiten

orientieren, die sich herauskristallisieren und in der die Entscheidungsprozesse von ganz allein schneller werden und Lösungen sich leichter umsetzen lassen.

In einer solchen Kultur interessiert uns nicht nur, wer das Gleiche sagt, wie wir. Sondern auch, wer Dinge sagt, die wir noch nicht gehört haben, die wir fragwürdig oder bereichernd finden oder über die wir so noch nicht nachgedacht haben. Jeder Beitrag wird unsere eigene Sicht verändern und stetig erweitern. Demokratie wird uns reich und reicher machen können. Die Zuneigung wird durch unser wirkliches Interesse füreinander entstehen. Unsere Freude am Gemeinsamen wird einfach stärker sein als am Zerteilen und Zerlegen. Stellen wir uns das mal vor: Im Privaten, im Gesellschaftlichen, im Politischen oder auf der Weltbühne.

Das wäre ein kultureller Entwicklungssprung! Und hoch und heilig ist und bleibt dabei das Juwel einer Experimentierklausel, die uns immer und ewig erlaubt, alles weiterzudenken, zu entwickeln, neu zu etablieren. Die beweglichste Demokratie wird die stabilste sein! /



DIE ZUKUNFT VON MEHR DEMOKRATIE

Ein Ausblick von Alexander Trennheuser und Roman Huber

Jedes Ziel hat seinen Weg. Das Kernziel von Mehr Demokratie ist die Einführung der direkten Demokratie auf allen politischen Ebenen, insbesondere auf der Bundesebene. Einen Teil des Weges sind wir schon gegangen. Ob es wohl das längere Stück oder erst einige Meter auf einem noch sehr langen Weg waren? Das wissen wir nicht. Oft hinkt der Vergleich mit der Schweiz, aber er gibt hier zumindest einen Hinweis: Je nachdem, welchen historischen Punkt man für den entscheidenden hält, so vergingen in der Schweiz zwischen 60 und fast 100 Jahren bis zur vollständigen Einführung direktdemokratischer Verfahren. Zuerst kamen dort die Kantone, dann das Veto-Referendum, später erst die Initiative von unten!

Die Bundesrepublik Deutschland ist fast zehnmals größer als die Schweiz, sowohl an Fläche wie auch an Einwohnerinnen und Einwohnern. Während keiner ihrer Einwohnerinnen und Einwohner mehr die Gründung der Schweiz 1848 erleben konnte, haben manche Deutsche das dunkle Kapitel vor der Gründung der Bundesrepublik noch selbst erfahren. Viele Deutsche haben sogar einen großen Teil ihres Lebens eine Diktatur ertragen müssen. Auch wenn es uns nicht so vorkommt: Die deutsche Demokratie ist noch jung.

Umso größer sind die Aufgaben, die Mehr Demokratie sich vorgenommen hat. Und wer behauptet, den Weg zur Einführung direkter Demokratie auf Bundesebene genau zu kennen, der irrt. Er oder sie könnte genauso gut behaupten, mit einer Kristallkugel die Zukunft weissagen zu können. Wir werden um diesen Weg immer wieder streiten müssen. Was wir von heute aus tun können, ist einerseits unser Kernanliegen zu halten und weiterzutragen und andererseits auch manches, was auf dem Weg liegt, aufzugreifen und in unsere Arbeit zu integrieren.

Was unser Kern ist und bleibt

Mehr Demokratie hat in den letzten 35 Jahren den Ausbau der direkten Demokratie maßgeblich mitgestaltet. Wir haben zivilgesellschaftliche Bündnisse initiiert und per Volksbegehren und anderen Kampagnen direkte Demokratie auf Kommunal- und Landesebene ausgebaut – auch gegen Widerstände. Die Empirie gibt uns (bislang) entgegen allen Be-

fürchtungen recht. Das hat zu einer lebendigeren Demokratie beigetragen, weil Bürgerinnen und Bürger diese neuen Möglichkeiten mit Vernunft und Maß nutzen. Hier müssen wir weitermachen. Der nächste Schritt muss die Einführung von fakultativen Referenden (zu deutsch: Volkseinwände) in möglichst vielen Bundesländern sein. Rückschritten wie aktuell in Schleswig-Holstein müssen wir vehement entgegen treten – wo nötig mit einer Volksinitiative! Direkte Demokratie muss Teil der Lebenserfahrung und Lebensrealität vieler Bürgerinnen und Bürger werden.

Worum wir uns auch kümmern müssen

Daneben wird die Krise der repräsentativen Demokratie mehr und mehr zu einem Thema für uns. Das muss auch so sein. Wir können schlechterdings mehr Demokratie fordern, damit aber immer nur die direkte Demokratie meinen. Mal zum Vergleich: Trotz vierteljährlicher Abstimmungen werden in der Schweiz neun von zehn Entscheidungen von Parlamenten getroffen und auch nicht wieder aufgemacht.

Niedrige Wahlbeteiligung, geringes Vertrauen in die (parlamentarische) Demokratie, dramatisch sinkende Mitgliederzahlen der politischen Parteien, die politische Personal und Themen nahezu monopolistisch stellen – das ist eine Mischung, die uns allen Sorgen bereiten muss. Wir brauchen für die Parteiendemokratie neue Regeln, die den gewandelten gesellschaftlichen Ansprüchen an Transparenz und Mitsprache wieder besser entsprechen. Wir brauchen Parlamente, die durch gute Bürgerbeteiligung angereicherte Entscheidungen treffen – und zwar nicht im ritualisierten Hickhack zwischen Koalition und Opposition und auch nicht als verlängerte Werkbank einer überstarken Exekutive. Und wir brauchen Wahlrechte, die Bürgerinnen und Bürgern echte Mitsprache über diejenigen geben, die auf Zeit stellvertretend für den Souverän handeln.

Außerdem: Bürgerbeteiligung. Wo direkte Demokratie an die Grenzen gerät und repräsentative Demokratie nicht weiterkommt, da kann mit der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger manch gordischer Knoten durchgeschlagen werden. Bürgerräte und andere Beteiligungsverfahren können parlamentarische wie direkte Demokratie sinnvoll ergänzen, weil



sie mit ihrer besonderen Struktur und Kultur den politischen Prozess bereichern.

Wo wir unsere Arbeit schärfen können

Mehr Demokratie ist auch ein Fachverband für Demokratie. Wir beraten Initiativen bei formalen Fragen und evaluieren (direkt-)demokratische Verfahren. Diese Arbeit ist enorm wertvoll, weil es keine Stelle in Deutschland gibt, die die Daten zur direktdemokratischen Praxis und ihre Probleme so intensiv erhebt. In den Verwaltungen fehlt es mangels Erfahrungen und Neutralität an qualifizierter Beratung. Wenn direkte Demokratie zunehmend Teil einer positiven Lebenserfahrung von Bürgerinnen und Bürgern werden soll, dann brauchen wir bessere Verfahren, basierend auf empirischen Erkenntnissen, und einen umfassenden Wissenstransfer.

Auch bei den Bürgerräten, also den zufallsbasierten Beteiligungsverfahren, bauen wir ein Beratungsangebot auf. Wir dokumentieren zukünftig alle Verfahren in einer Datenbank und werten sie wissenschaftlich aus.

Was wir entwickeln wollen

Die Aufgaben, die wir haben, sind zu groß für die bestehende Organisation. Wir haben deshalb bereits in der Vergangenheit Aufgaben auf ausgegründete Organisationen und Bündnisse übertragen. So ist *Democracy International* 2012 auch deswegen entstanden, weil Mehr Demokratie die intensive internationale Arbeit überfordert hätte. Auch *Abgeordnetenwatch* hat sich aus Mehr Demokratie herausgebildet.

Im Bereich der politischen Bildung fehlt es an einem Träger, der auf demokratische Verfahren und Demokratie-Kultur spezialisiert ist. Es gibt in Deutschland wenige Bildungsorganisationen, die so stark auf Wahlen, Abstimmungen und Verfahren der Bürgerbeteiligung spezialisiert sind, wie wir. Hierzu wollen wir in nächster Zeit ein Angebot schaffen.

Wo es nötig und sinnvoll ist, wollen wir die Rolle wechseln und als Durchführer auftreten, wie wir es beim Projekt „Losland“ mit der Umsetzung und Begleitung von Bürgerbeteiligung in zehn Kommunen bereits getan haben. Auch bei der Umsetzung der ersten beiden Bürgerräte auf Bundesebene haben wir viel Erfahrungen sammeln können, die wir jetzt gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern im Auftrag des Bundestages für den Bürgerrat Ernährung einbringen können. Dabei geht es uns um die Qualität der Moderation, des gesamten Prozessdesigns und der Öffentlichkeitswirkung.

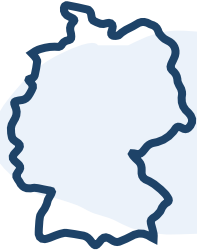
Nichts ist so wirkungsvoll wie ein gutes Beispiel! Ohnehin mangelt es in Deutschland oftmals am Mut, neue demokratische Verfahren auszuprobieren und, so sie funktionieren, auch zu etablieren. Diesen Mut hat Mehr Demokratie! Und so leisten wir auch in Zukunft einen wesentlichen Beitrag, die Demokratie in Deutschland Schritt für Schritt zu entwickeln. /



www.losland.org



größte Nichtregierungsorganisation für direkte Demokratie weltweit, überparteilich, gemeinnützig



13 Landesverbände

rund 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter



finanziert vor allem aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden, keine staatliche Förderung

jährliches Haushaltsvolumen von etwa 2 Mio. Euro



Schwesterorganisation des OMNIBUS für direkte Demokratie

Kampagnen, Beratung, wissenschaftliche Auswertung, Gesetzentwürfe zu Demokratiethemem



200.292 Follower

Newsletter: 133.387
Facebook Freunde: 37.135
Twitter Follower: 20.950
Instagram Follower: 7.927
LinkedIn: 893

beratendes und unterstützendes Kuratorium mit 50



Mitgliedern aus Wissenschaft, Kultur, Politik



10.362 Unterstützer

Mitglieder 8.713
Förderer 1.649



mehr als 40 Volksbegehren und Volksinitiativen auf Länderebene mitgetragen und in 40 Fällen bessere Mitbestimmungsrechte und Transparenz erkämpft und tausende von kommunalen Bürgerbegehren beraten



die größte Verfassungsbeschwerde in der deutschen Geschichte („Nein zu CETA“) und einige weitere initiiert



die ersten bundesweiten losbasierten Bürgerräte (zu „Demokratie“ und zu „Deutschlands Rolle in der Welt“) organisiert



DEMOCRACY INTERNATIONAL

Gründungsmitglied der Organisation Democracy International



die Beteiligungsplattform „Consul“ in Deutschland eingeführt

Kontakt

Landesbüro Baden-Württemberg
 Rotebühlstr. 86/1, 70178 Stuttgart
 Tel. 0711-509 10 10, Fax 0711-509 10 11
 info@mitentscheiden.de

Landesbüro Bayern
 Schwanthalerstr. 120, 80339 München
 Tel. 089-462 242 05
 bayernbuero@mehr-demokratie.de

Landesbüro Berlin/Brandenburg
 Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
 Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80
 berlin@mehr-demokratie.de

Landesbüro Bremen/Niedersachsen
 Bernhardstr. 7, 28203 Bremen
 Tel. 0421-79 46 370, Fax 0421-79 46 371
 bremen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Hamburg
 Mittelweg 12, 20148 Hamburg
 Tel. 040-317 691 00, Fax 040-317 691 028
 hamburg@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Hessen
 Matthias Klarebach, Dirk Oestreich
 vorstand@mehr-demokratie-hessen.de
 Felix Hoffmann (Tel. 0152-327 095 38)
 felix.hoffmann@mehr-demokratie.de

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern
 Hermannstr. 36, 18055 Rostock
 mecklenburg-vorpommern@mehr-demokratie.de

Landesbüro Nordrhein-Westfalen
 Gürzenichstraße 21 a-c, 50667 Köln
 Tel. 0221-669 665 11, Fax 0221-669 665 99
 nrw@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Rheinland-Pfalz
 Franz Botens
 Tel. 01573-062 06 33
 franz.botens@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Saarland
 Thomas Gretscher
 Tel. 0681-416 36 41
 thomas.gretscher@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Sachsen-Anhalt
 Christian König
 Tel. 0151-22 0172 76
 christian.koenig@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Sachsen
 Christian König
 Tel. 0151-22 0172 76
 sachsen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Schleswig-Holstein
 Dorfstr. 2a, 24975 Husby
 Tel. 04634-936 76 16, mobil 0157-522 432 20
 sh@mehr-demokratie.de

Landesbüro Thüringen
 Trommsdorffstr. 5, 99084 Erfurt
 Christian König
 Tel. 0151-22 0172 76
 thuringen@mehr-demokratie.de

Arbeitsbereiche

Geschäftsführung und Kuratorium
 Roman Huber, Büro Tempelhof
 roman.huber@mehr-demokratie.de
 Alexander Trennheuser, Büro NRW
 alexander.trennheuser@mehr-demokratie.de

Service für Mitglieder und Förderer
 Ulrike Moser, Büro Tempelhof
 mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
 Anne Dänner, Büro Berlin
 Anselm Renn, Büro Berlin
 Marcus Meier, Büro Bremen
 presse@mehr-demokratie.de

Internet
 Aline Koeppen
 aline.koeppen@mehr-demokratie.de
 Stefan Padberg (Technik)
 webmaster@mehr-demokratie.de

Vorträge und Repräsentation
 Ralf-Uwe Beck, erreichbar über Büro Berlin
 Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin

Finanzierung und Stiftung
 Katrin Tober, Büro Bremen
 katrin.tober@mehr-demokratie.de

Wissenschaft und Dokumentation
 Frank Rehmet, Büro Hamburg
 frank.rehmet@mehr-demokratie.de

Lobbyarbeit
 Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin
 claudine.nierth@mehr-demokratie.de
 Oliver Wiedmann, Büro Berlin
 oliverwiedmann@mehr-demokratie.de

Democracy International
 Daniel Schily, Büro NRW
 daniel.schily@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Aufbauende Demokratie
 Harris Tiddens
 harris.tiddens@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Europa und Welt
 Stefan Padberg
 stefan.padberg@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Bürgerbegehren
 Susanne Socher, Büro Tempelhof
 beratung@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Wahlrecht
 Paul Tiefenbach, Büro Bremen
 paul.tiefenbach@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Bürgerbeteiligung
 Fabian Reidinger, erreichbar über Büro Ba-Wü
 fabian.reidinger@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis dezentrale Demokratie
 Karl-Martin Hentschel
 karl.m.hen@googlemail.com

Arbeitskreis Digitalisierung und Demokratie
 Alexandra Arweiler
 alexandra.arweiler@mehr-demokratie.de

Beratung von Bürgerbegehren
 Bei den Landesbüros oder zentral:
 beratung@mehr-demokratie.de

Beratung zu Bürgerräten
 Thorsten Sterk
 thorsten.sterk@buergerrat.de

Bundesbüros

Bundesbüro Tempelhof
 Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
 Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-923 90 55
 mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Bundesbüro Berlin
 Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
 Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80
 berlin@mehr-demokratie.de

Impressum

Herausgeber (V.i.s.d.P.)
 Mehr Demokratie e.V.
 Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
 Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-923 90 55
 info@mehr-demokratie.de

Redaktion
 Dieter Halbach
 zeitschrift@mehr-demokratie.de
 0176-26 95 45 59

Abonnement
 18 Euro für vier Ausgaben jährlich.
 Für Mitglieder und Förderer von Mehr
 Demokratie e.V. ist der Abopreis durch den
 Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Anzeigen
 Preisliste Nr. 4 vom 11.04.2012

Druck
 Druckerei & Verlag Steinmeier GmbH & Co. KG
 100% Umweltpapier

Konto
 Mehr Demokratie, BfS München
 IBAN: DE63 3702 0500 0008 8581 05
 BIC: BFSWDE33XXX


Kleingedrucktes
 Nachdruck frei, Quellenangabe und Beleg-
 exemplar erbeten. Namentlich gekenn-
 zeichnete Artikel geben nicht unbedingt die
 Meinung der Redaktion oder des Vereins wie-
 der. Für unaufgefordert eingesandte Artikel
 kann keine Haftung übernommen werden.
 Die Redaktion behält sich die Kürzung/Nicht-
 Veröffentlichung von Leserbriefen vor.

Redaktionsschluss
 Für Heft 03.2023: 15.08.2023

Bildnachweis
 Soweit nicht anders angegeben, stammen
 die Bilder dieser Ausgabe aus unserer
 Datenbank.

Gestaltung
 Liene Haug

Lektorat
 Hannah Katinka Beck



Seit 35 Jahren bringt Mehr Demokratie die direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung voran und kümmert sich um Transparenz und ein faires Wahlrecht.

Das Gespräch ist das Herz der Demokratie. Wir reden mit Menschen auf der Straße, in Initiativen und in der Politik.

Unsere Überzeugung ist, dass Menschen fähig sind, frei, selbstbestimmt und in Respekt miteinander zu leben und gemeinwohlorientiert mitzubestimmen. Mit mehr Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie kann es gelingen, die gegenwärtigen Herausforderungen zu meistern und die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Bei uns können Sie mitmachen!

Folgen Sie uns auf den Social Media-Kanälen. Dort posten wir regelmäßig Hinweise auf Veranstaltungen, spannende Verfahren in den Bundesländern und Kommunen und vieles mehr.

 facebook.com/mehrdemokratie
 twitter.com/Volksentscheid
 instagram.com/mehr_demokratie

info@mehr-demokratie.de
Tel. 030-42 08 23 70
www.mehr-demokratie.de



**MEHR
DEMOKRATIE**